

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Uürnberg, 21. Oktober 1893.

Inserate die viergespaltene Blattzeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Uürnberg, Weizenstraße 12.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Im Jahre 1885 veranstaltete der damalige Reichskanzler Bismarck eine Enquete über die Einführung der Sonntagsruhe, die so ziemlich das gewünschte Resultat ergab, daß für die Befreiung der Sonntagsarbeit weder eine Nothwendigkeit noch eine wirtschaftliche Möglichkeit vorhanden sei. Bismarck hatte im Reichstage erklärt, daß wir zur Entbehrlichkeit der Sonntagsarbeit nicht reich genug sind, denn weder die Industrie noch die Arbeiter könnten deren Ausfall ertragen.

Bismarck ging und der „neue Kurs“ nahm in den 1890er Arbeiterschutzgesetzentwurf auch die Sonntagsruhe auf. Nach den bekannten langwierigen und hartnäckigen Kämpfen kamen eine Reihe Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu Stande, die durchaus ungenügend sind und trotz aller Unzulänglichkeit bis heute nur noch auf dem Papier stehen. Nur im kaufmännischen Gewerbe ist bis jetzt die „Sonntagsruhe“ mit der fünfständigen Sonntagsarbeit durchgeführt worden. Im Uebrigen lassen die vom Gesetze vorgeordneten kaiserlichen Verordnungen zur Durchführung der Sonntagsruhe in Gewerbe und Industrie lange auf sich warten.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe besagen zunächst, daß die Arbeiter zu Arbeiten an Sonn- und Festtagen von den Gewerbetreibenden nicht verpflichtet werden können. Indessen erklärt schon der nächstfolgende Satz, daß „Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, unter die vorstehende Bestimmung nicht fallen.“

Nach einer weiteren Bestimmung hat die den Arbeitern zu gewährende Ruhe mindestens für jeden Sonn- und Festtag 24, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage 36, für das Weihnachts-, Osters- und Pfingstfest 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr Nachts zu rechnen und muß bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr Abends des zweiten Tages dauern. In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werttages, spätestens um 6 Uhr Morgens des Sonn- oder Festtags beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.

Für ausnahmsweise zu gestattende Sonntagsarbeit sollten nur technische Ursachen oder öffentliche Interessen maßgebend sein. Das neue Gesetz enthält auch diese Gründe; aber daneben soll auch für Betriebe, „welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt sind oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genötigt sind, vom Bundesrath Sonntagsarbeit gestattet werden können.

Also auch zum bloßen Zwecke der

intensiveren Ausbeutung der Arbeiter und der Fabrikanlagen kann die Sonntagsarbeit gestattet werden. Wie hier ausschließlich die unbändige Ausbeutung und Profitsucht der Kapitalisten in Betracht fällt, ergibt die Thatsache, daß der § 138a „wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit“ die Gestattung von Ueberzeitarbeit für die geschützten Arbeiterinnen auf die Dauer von zwei Wochen und bis Abends 10 Uhr seitens der unteren Verwaltungsbehörden ausspricht und überdies jagt, daß die höhere Verwaltungsbehörde eine solche Arbeitszeitverlängerung bis zu 40 Tagen und darüber ertheilen kann. Unverschämmt, wie die Unternehmer nun einmal sind, wenn es sich um die geringste Erleichterung des Arbeiters handelt, verlangen jetzt fast alle — wir wissen nicht genau, vielleicht thatsächlich alle — aus den im Gesetz selbst angegebenen „Gründen“ die Sonntagsarbeit und mehrmonatliche 13stündige Arbeitsdauer im Jahre — nicht die eine oder andere, sondern „praktisch“ gleich beide „Ausnahmen“. Wo nicht technische Gründe oder öffentliche Interessen angeführt werden können, qualifizieren die Unternehmer ihr Geschäft als „Saison-Geschäft.“ Wir fürchten, daß dieser Humbug Erfolg haben und die Arbeiter schwer schädigen werde.

Die erste Enquete, die zur Anwendung der Sonntagsruhebestimmungen in Berlin stattfand und die Montan-Industrie betraf, war so zusammengefaßt und hat demgemäß ein solches Resultat ergeben, daß obige Besürchtigungen vollständig gerechtfertigt erscheinen. Mit „König Stumm“ an der Spitze hat diese Enquete-Kommission die 24stündige Wechselschicht, 24stündige Sonntagsruhe bei zwölfständiger Betriebsruhe und 36stündige Arbeitsruhe bei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen oder Doppelfesttagen ev. wenn Betriebsunterbrechung eintritt, in den letzteren Fällen 48 Stunden Sonntagsruhe beschlossen. Bei ununterbrochenem Betriebe soll die Arbeitsruhe für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden vierten Sonntag 36 Stunden dauern. In letzterem Falle sollen die Arbeiter an einem Sonntage vorher und an einem solchen nachher 12 Stunden „Sonntagsruhe“ haben.

Das ist das Wesentliche der Stumm'schen Beschlüsse, die als Anträge an den Bundesrath gehen und von ihm wahrscheinlich akzeptirt werden. Wir zweifeln nicht daran angesichts der Rolle, die Stumm im amtlichen Deutschland spielt.

Mit diesen Resultaten der ersten Enquete ist das Eis gebrochen. Mit frischem Kampfesmuth wird das Unternehmertum auf der ganzen Linie sich abermals in den Kampf für die menschenfreundliche Sonntagsarbeit stürzen und das Ziel erreichen. Damit fällt noch der einzige schäblichste Schug, welchen die mit so großem Pomp 1890 eingeläutete Sozialgesetzgebung den erwachsenen männlichen Arbeitern gewähren wollte. Für sie ergibt

sich dann gar keine Schutzgesetzgebung in Deutschland.

Auf die unter Stumm begonnene und von seinen Genossen vermutlich fortgeführte Ausgestaltung der Sonntagsruhe paßt trefflich die Kritik, welche Professor Dr. Herkner im 2. Heft, 1892, des „Archivs für soziale Gesetzgebung“ veröffentlicht. Er ist äußerst unbefriedigt von der „Sonntagsruhe“ in der Novelle und fragt dann: „Was ist unter einer ausreichenden Sonntagsruhe zu verstehen?“ und beantwortet die Frage wie folgt: „Wir gehören zu denen, die der Ansicht sind, eine solche sei nur dann vorhanden, wenn die Arbeit am Samstag spätestens 6 Uhr Abends schließt und am Montag nicht vor 6 Uhr Früh beginnt. Ein Arbeiter, der die dem Sonntage vorhergehende Nacht hindurch zu arbeiten hat, genießt unseres Erachtens ebensowenig eine wirkliche Sonntagsruhe wie Derjenige, welcher etwa am Sonntag um 6 Uhr Nachmittags wieder die Arbeit aufnehmen muß. Geradezu ein Hohu auf den Gedanken der Sonntagsruhe aber scheint es uns zu sein, wenn selbst die Ruhezeit von 6 Uhr Früh bis 6 Uhr Abends, welche einem Arbeiter zu Theil wird, der von Samstag auf Sonntag und von Sonntag auf Montag Nachtschichten zu leisten hat, wenn also auch diese doch von dem elementarsten physischen Ruhebedürfnis durchaus in Anspruch genommene Zeit den klangvollen Namen einer Sonntagsruhe führen soll.“

Sehr richtig sagt Herkner dann weiter, daß es zur Durchsetzung dieser Art Sonntagsruhe, wie das Gesetz sie skizzirt, überhaupt gar keines gesetzgeberischen Einschreitens erst bedurft hätte, denn viel weniger kann doch selbst bei voller „Freiheit der Arbeit“ dem Arbeiter nicht gewährt werden. Auch er fürchtet, daß die Bestimmungen des Reformwerkes mancherorts die Zustände verschlechtern werden und benußt sich hierfür auf den badischen Fabrikinspektor Dr. Wörrißhofer, der in seinem Buche über die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim sagt: „So viel kann aber jetzt schon als feststehend angenommen werden, daß die Gewerbeordnung künftig an die Betriebe, deren Unterbrechung als nicht zulässig anerkannt wird, geringere Anforderungen an die Sonntagsablösung der betreffenden Arbeiter stellen wird, als sie schon theilweise in unserem Gebiete im Wege der Fabrikaufsicht durchgeführt waren.“

Diese Besürchtung ist nun bereits Thatsache geworden und diese beweist, wie jachlich berechtigt das Urtheil der Sozialdemokraten war und ist, als sie von einem „Arbeitgebererschutzgesetz“ redeten.

Zur Unterfützung seiner Ansicht von der Nothwendigkeit einer 36stündigen Sonntagsruhe führt Herkner die württembergische Metallwaarenfabrik in Geislingen, welche ca. 1750 Arbeiter beschäftigt, an. In dem Jahresbericht 1890/91 des Wohlfahrtsvereins dieser Fabrik heißt es nämlich: „Wir haben in unserer Fabrik im Allgemeinen volle

Sonntagsruhe mit Ausnahme der aus technischen Gründen gesetzlich gestatteten Arbeit in der Glashütte, sonst werden bei uns an Sonntagen bloß ganz dringende Reparaturen vorgenommen und nur unmittelbar vor Weihnachten findet eine theilweise Sonntagsarbeit, insbesondere im Komptoir und Verbandsmagazin statt. Eine ausreichende Sonntagsruhe hatten wir aus gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen und sittlichen Gründen für durchaus nothwendig. Die Sonntagsruhe ist eine Wohlthat, die Niemand auf die Dauer entbehren sollte und die mit der Zeit auch in allen Staaten gesetzlich eingeführt werden muß. Unsere Geschäftsleitung besürwortet auf Grund vielfältiger Erfahrungen eine allgemeine 36stündige Pause von Samstag Abend bis Montag Früh für alle industriellen Betriebe, welche nicht durch technische Verhältnisse zu Ausnahmen die Berechtigung nachweisen können; sie geht dabei von der Anschauung aus, daß eine 30stündige und gar eine 24stündige Sonntagsruhe, welche durch eine übermäßige Arbeitszeit am Samstag oder Montage erkauft werden muß, in keiner Weise genügen kann. An den Sonntagen wird bei uns, wenn es das Geschäft irgend erlaubt, die Arbeit 1 Stunde früher als an den übrigen Wochentagen geschlossen.“ Und dabei beträgt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit nur 10 Stunden.

Hier ist von einem kapitalistischen Unternehmen selbst die Nothwendigkeit einer ausreichenden Sonntagsruhe betont und deren Möglichkeit durch die Praxis bewiesen.

Aber weiter. Die rechte Hand des Reformministers v. Berlepsch, der Geheimrath Dr. König besuchte im Jahre 1890 den schweizerischen Bundesrath, eine Anzahl Kantonsregierungen, die Fabrikinspektoren, Vereinsvorstände, Industrielle und Parteiführer, um sich über die Durchführung des Fabrikgesetzes zu erkundigen und sodann ein Buch darüber zu schreiben, das Ende 1890 in Berlin erschien. In demselben sagt Herr König über die Sonntagsarbeit in der Schweiz: „Die Gesamtzahl der Fabriken, welche am 31. Dezember 1889 im Besitze einer Bundesrathlichen Bewilligung für Nachts- oder Sonntagsarbeit waren, betrug 165, 4,2 Prozent aller dem Fabrikgesetz unterstellten Anlagen. Von diesen hatten 59 Bewilligung nur für Nachtarbeit, 11 nur für Sonntagsarbeit und 8,95 für Nachts- und Sonntagsarbeit. In der großen Mehrzahl der Fälle erstreckt sich die Bewilligung nur auf eine oder wenige Personen. Aus der geringen Zahl dieser Bewilligungen ergibt sich, daß der Bundesrath ziemlich streng nach dem Grundsatz verfahren ist, daß kontinuierliche Nachts- und Sonntagsarbeit nur im Falle technischer Nothwendigkeit, nicht aber zur Vermehrung der Produktion stattfinden dürfe.“

Also auf eine oder wenige Personen in der Mehrzahl der relativ wenigen

betriebe erstreckt sich die Bundesrätlich gestaute Sonntagarbeit. Das wäre ein Vorbild für Deutschland! Denn wenn die rohstoffarme Schweiz mit ihrem Arbeiterbeschäftigung und manch' anderen sozialpolitischen Gesetzen, umgeben von schutzablässigen Großindustrien mit bedeutender Weltindustrie — wenn die Industrie der Schweiz fast ohne Sonntagarbeit auskommen und bestehen kann, Konkurrenzfähig bleibt, dann sollte man meinen, müßte die deutsche Industrie mit ihrem Reichthum an Rohstoffen und den vielen und bedeutenden Privilegien, bei dem Mangel einer ernsthaften Arbeiterschutzgesetzgebung z. erst recht mit auf das Nothwendigste beschränkter Sonntagarbeit auskommen können. Wenn eben nur der deutsche Bundesrath ebenso „ziemlich streng“ wie der schweizerische Bundesrath verfahren würde.

„Bei uns verhungert Keiner“

das ist die ständige Redensart aller beleibten und denkfahlen Bierbauphilister, sobald einmal die Rede auf die Noth und das Elend, welche in den unteren Schichten des Volkes herrscht, kommt. Diese Redensart ist natürlich ebenso hohl und zeugt von gleicher Gedankenlosigkeit wie die zweite, welche in der Regel das Gefolge der ersten bildet, die da heißt: „Wer arbeiten will, findet schon welche“, die natürlich nur von Denjenigen ausgesprochen wird, welche nie arbeitslos auf der Landstraße umhergeirrt sind, welche niemals bei bitterer Kälte von Thür zu Thür wanderten, um Arbeit bettelnd und immer und immer abgewiesen wurden. Ebenso werden selbstverständlich auch die Worte: „Bei uns verhungert Keiner“, nur von Satten ausgesprochen, die den Hunger nur dem Namen nach kennen. Wir wollen heute nicht die Fälle aufzählen, wo in dem Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte Menschen direkt und zwar in des Wortes verwegener Bedeutung verhungert sind. Diese Zahl der an „Entkräftung“, Magenleiden Sterbenden hat eine derartige Höhe erreicht, daß sie schon genügen sollte, den oben genannten Philistern und Denkfahlen die Phrasen des „bei uns verhungert Keiner“ im Halse stecken zu lassen. Doch wir wollen gerecht bis zum Alleräußeren unseren Widersachern gegenüber sein. Nicht Jeder hat schon einen direkt verhungerten Menschen gesehen, und wenn man selbst im Parlamente unseres trauten Vaterlandes erst auf dem Tisch des Hauses eine „verhungerte Lehrerswitwe sehen“ wollte, um an die Noth der Angehörigen des Lehrerstandes zu glauben, so ist es den Durchschnittsphilistern wohl erst recht nicht zu verargen, wenn sie dem Beispiele folgen und Jeder von ihnen so lange ein „ungläubiger Thomas“ bleibt. Wir wollen aber, sagten wir, von den Fällen des direkten Verhungerns absehen, und zwar aus dem Grunde, weil man nach unserer „modernen Moral“ diese Art des „Verhungernlassens“ beinahe human nennen möchte gegenüber der des langsamen Verhungerns, wo ein großer Theil des Volkes nach und nach „entkräftet“ und schließlich zu Grabe getragen wird. — Ist dies denn etwas Anderes, ja ist es nicht noch weit grausamer, wenn dadurch, daß man die Thätigkeit der Arbeitenden meist so schlecht lohnt, daß sie nicht im Stande sind, die verbrauchten Kräfte und Säfte durch genügende und kräftige Nahrung wieder zu erwerben, ein großer Theil derselben langsam verhungert? Sie sind ein willkommenes Boden und fortwährende Beute von Typhus, Schwindsucht und sonstigen Proletarierkrankheiten, von der Cholera ganz zu schweigen. Wollen unsere von Lebensgenüssen überfüllten Moralphilister diese von Autoritäten bewiesenen Thatsachen abstreiten? — Wenn sie aber zugeben müssen, daß sie das nicht können, wäre es dann nicht Zeit,

die ungeheure Lüge — „bei uns verhungert Keiner“ — abzustreifen und an Mittel und Wege zu denken, welche das langsame Verhungern aus der Welt schaffen? Doch da wendet man ein, „das kann man doch nicht Verhungern nennen, die Leute essen doch“, und häufig sich sogar satt — oder — „dem Volke geht es ja noch gar nicht so schlecht, man richtet ja allenthalben Suppenanstalten, Volksküchen und so weiter, in welchen für weniges Geld Speisen verabreicht werden.“ Das Volk kann sich ja dort satt essen. O, diese Glücklichen und Beneidenswerthen, die noch in der Lage sind, in Volksküchen und Suppenanstalten zu speisen. — Wie sind denn aber diese Speisen beschaffen, welchen Werth haben sie denn für die Ernährung der Menschen? Hören wir Professor Voit, der eine Tabelle aufgestellt hat, welche den Nährwerth der in diesen Anstalten verabreichten Speisen deutlich kennzeichnet. Nach Voit's Anweisung müßte eine Portion Essen, wie sie dort verabreicht wird, mindestens 59 Gramm Eiweiß, 34 Gramm Fett und 160 Gramm Kohlenhydrate enthalten, während er durch Untersuchungen festgestellt hat, daß dieselben nur folgenden Gehalt haben*):

	Eiweiß	Fett	Kohlenhydr.
Münchener Suppenanstalten	14	3	30
Kölnener	49	—	188
Leipziger Volksküche	24	8	71
Dresdener	37	10	100
Berliner	35	19	178
Karlsruher	55	13	181
Hamburger Speiseanstalt	41	5	133
Volksküche	50	11	187

Allerdings, verhungern thut man dabei direkt, d. h. innerhalb kurzer Frist, nicht, aber wenn von einem Menschen, der in solchen Volksküchen, die der Volksmund wohl nicht ganz mit Unrecht Krickenküchen genannt hat, sich sättigen muß, schwere und anhaltende Arbeit verlangt wird, ist es da ein Wunder, wenn er zu Grunde geht? Ist dies, genau genommen, etwas Anderes als langsames Verhungern? Wie viel Tausende sind aber nicht einmal mehr in der Lage, sich zu den „Genüssen der Volksküchen“ aufzuschwingen. Sollen wir an die zu jeder Mahlzeit Kartoffeln vertilgenden schlesischen Weber erinnern? oder an die jämmerlich bezahlten Näherinnen zc.? Wo bleibt da die ordnungsmäßige Ernährung? Man frage nur jene Unglücklichen, welche in großen Städten die Abnehmer der Abfälle, Hundefutter, in Restaurants sind, auch sie werden „satt“. Allerdings! Auch der Lumpensammler, von dem kürzlich der „Vorwärts“ berichtete, wurde satt, aber man frage nur nicht wie. Doch hier der einfache Bericht, wie er von einer Genossin dem „Vorwärts“ zugeht, er spricht aber mehr als Bände:

„Gestern Nachmittag kam auf unsern Hof ein alter Lumpensammler. Als er den Müllkasten öffnete, lachte ihm ein Häufchen Abfall von Klößen und Obst entgegen. Der Mann ergreift sein Messer und fing an, dieses ekelerregende Gericht zu sich zu nehmen. Glücklicherweise war eine Frau, der dies Gebahren in das Herz schnitt, in der Lage, den armen Mann einmal ordentlich satt zu machen.“

Ja, „bei uns verhungert Keiner“, und wenn er vom Miste ist. „Er wird ja satt!“ Selbstverständlich! und zwar je ekelhafter die Speise, je schneller. Sind derartige Zustände nicht jeder Kultur spottend? — Ist eine Gesellschaft, in welcher Derartiges möglich ist, in welcher Tausende an langsamen Verhungern zu Grunde gehen, existenzberechtigt? — Sind Diejenigen, welche den traurigen Muth haben, zu sagen: „bei uns verhungert Keiner“, nicht Mitschuldige an dem großen

* Diese Zahlen sind der Broschüre von G. Burm „Lebenshaltung des deutschen Arbeiters“ entnommen.

Elend der Masse des Volkes? — Die Gesellschaft hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder weder direkt noch indirekt Hungers sterben, sondern Verhältnisse zu schaffen, innerhalb welcher jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Sind die Einrichtungen und Gesetze dazu nicht im Stande, dann fort mit denselben und andere, vernünftiger an deren Stelle gesetzt. Menschen aber, die ihres persönlichen Vortheils wegen die Erhaltung solcher unvernünftiger Zustände wünschen, sind, bewußt oder unbewußt, Verbrecher an der Menschheit und über derartige Frevel müssen die von der Erkenntniß der Unhaltbarkeit der jetzigen Verhältnisse zur Tagesordnung übergehen; unermüdet, unerschrocken vorwärts streben nach dem einen Ziele, eine menschliche Gesellschaft zu errichten, in der nicht als Phrase, sondern als reine und lautere Wahrheit die Worte gelten:

„Bei uns verhungert Keiner!“

Handwerk und Kleinmotoren.

Die „Allgemeine Handwerkerzeitung“, das Organ der Zünftler, äußert sich unter diesem Titel einmal in recht verständiger Weise wie folgt:

„Die Fabrikanten von Kleinmotoren für Handwerker (sowohl Gas- als Wasser- und Heißluftmotoren) klagen über eine stete Abnahme der Aufträge und des Absatzes. Auch aus Handwerkerkreisen selbst kommen die Nachrichten, daß man weniger solche Motoren anschafft, anschaffen kann, weil man doch nicht mit der Großindustrie konkurriren könne. Wahres und Unwahres mag in diesen Klagen gemischt sein.“

„Es gab eine Periode, in der alle diese Kleinmotoren viel gekauft wurden, das eine Mal, weil man über die ihener Handarbeit klagte, das andere Mal, weil man glaubte, mit solchen Motoren wirklich der Großindustrie in manchen Gewerben Trost bieten zu können. Es kam aber außerdem noch der Umstand hinzu, daß man zu einer gewissen Nachahmung in allen Berufen leicht geneigt ist und also, weil, wenn nun ein Motor erworben und benutzte, Haus auch einen haben wollte. Spielt doch da auch noch der Neid und eine Großmannsjucht zuweilen eine Rolle, so daß alle diese Umstände zusammen dazu führten, daß eine große Zahl von Kleinmotoren gekauft und in Betrieb gestellt wurde. Diese Periode ist verlaufen, die Motore sind noch nicht verbraucht, noch nicht viel abgenutzt, die Fabriken aber inzwischen vielleicht noch vergrößert, kein Wunder, wenn man die Fabrikanten über Mangel an Absatz klagt. Thatsächlich hat sich aber die Ansicht der Enthusiasten für Kleinmotorenbetrieb, der Optimisten, welche mit dem Kleinmotor den Handwerker genügend stark für den Wettbewerb mit der Großindustrie machen wollten, nicht als zutreffend erwiesen.“

„Wenn man jetzt wieder den elektrischen Kraftbetrieb als ein Heilmittel für das Handwerk bezeichnet und daselbe darauf verweist, daß es mit denselben in noch leichteren Wettbewerb mit der Großindustrie zu treten vermöchte, so ist das wiederum eine Täuschung. Wir sind bei dieser Ansicht weder dem Motorenbetrieb beim Handwerker im Allgemeinen, noch dem mit elektrischer Kraftübertragung im Besonderen abhold; im Gegentheil, wir schließen uns mit Freuden der Empfehlung an, aber wir wollen dabei nicht Hoffnungen erwecken oder erweckt sehen, die unerfüllbar sind.“

„Die Ausnutzung von Naturkräften durch die Fortschritte der Wissenschaft und Technik muß und kann auch beim Handwerk stattfinden, sei es, daß an Stelle von Menschenkraft die Maschine tritt, sei es, daß den Menschen durch Mitarbeit

von Maschinen die Arbeit erleichtert wird, oder daß die Maschine Arbeiten besser, sorgfältiger, genauer ausführt als die vom Menschenauge geleitete Menschenhand. Der Handwerker wird durch die Maschine und durch den Motor in so vielfacher Hinsicht unterstützt, daß wir jeden Fortschritt auf dem Gebiet nur freudig begrüßen können, aber der Großindustrie wird das Handwerk dadurch nicht nachkommen, viel weniger gleichkommen können.“

„Der Vortheil der Großindustrie hinsichtlich der Preise ihrer Produkte liegt nur theilweise im Maschinenbetrieb, zum größten Theil in der Massenproduktion. Die Massenproduktion ermöglicht schon den besseren, billigeren Bezug des Rohmaterials, aber der wesentlichste Punkt des billigeren Herstellungspreises und ganz besonders des niedrigeren Verkaufspreises liegt in der Menge. Wenn der Großindustrielle Rohprodukte nur wenige Procente billiger kauft, als der Handwerker und dazu vielleicht durch die Menge auch noch niedrigere Transportkosten hat, so kann dem gegenüber gestellt werden, daß der Handwerker auch sein Direktor, Ingenieur, Techniker, Buchhalter u. s. w. selbst ist; und doch bleibt es meist zweifelhaft, ob die Generalunkosten der großen Fabriken nicht niedriger sind, als die des Handwerkers, wenn sie auf die große Zahl und Menge der hergestellten Gegenstände vertheilt werden. Arbeitete dann der Handwerker oder Kleinindustrielle mit Maschinen und Menschenkraft ebenso billig, als der Großindustrielle und stellten beide ihr Produkt zu ziemlich gleichen Preisen her, was aber bekanntlich nicht der Fall ist, weil Großbetrieb und Massenerstellung immer das billigere Produkt liefert, so kommt immer noch der Gewinn in Frage.“

„Wollte der Handwerker an dem einzelnen Gegenstand, den er herstellt, einen so geringen Gewinn nehmen, wie der Großfabrikant, so würde er nicht zu leben haben, während der Großindustrielle bei diesem Gewinn insgesamt schon große Summen erwerben würde. Kommt auf den Kopf der Arbeiterzahl beim Handwerker für den Meister ein Jahresgewinn von 100 M und er hat zehn Arbeiter, so würde er neben dem Ertrag seiner Arbeit an den in seiner Werkstatt hergestellten Produkten vielleicht nur um Weniges besser stehen, als seine Arbeiter und nur für höchst einfachen Lebensunterhalt ausreichend erwerben. Gingegegen würde der Großindustrielle mit 500 Arbeitern unter gleichen Gewinnverhältnissen pro Kopf der Arbeiter schon 50,000 M verdienen. Wie die Rechnung nach Köpfen der Arbeiter, so stellt sie sich bezüglich der Menge des Produktes. Werben an einem Gegenstand, der mit 3 M verkauft wird, 30 M verdient und der Handwerker bringt jährlich 5000 davon auf den Markt, so ist sein Reingewinn 1500 M, während der Großindustrielle davon eine viertel oder halbe Million fertigt und verkauft und bei den gleichen Gewinnverhältnissen schon 75,000 M verdient, wenn er den Absatz nur auf eine Viertelmillion brächte. Er ist aber durch den Wettbewerb mit anderen Großindustriellen schon allein veranlaßt, sich mit niedrigerem Gewinn zu begnügen, so daß der Handwerker nicht zu folgen vermag und nur auf kleinen Absatz in engem Kreise angewiesen bleibt. In der Massenerstellung liegt nicht allein die größere Möglichkeit der billigsten Herstellung, sondern im Massenverkauf auch mit kleinstem Gewinn liegt der Schwerpunkt der Unmöglichkeit des Wettbewerbes des Handwerkers mit der Großindustrie. Deshalb vermag auch das günstigste Nutzen des Betriebes mit Motoren den Handwerker, der Artikel herstellt, wie sie die Großindustrie fabrizirt, nicht Konkurrenzfähig zu machen. Das Handwerk kann nur seine Stellung behaupten in den Fächern, wo Menschenarbeit den Vortzug verdient vor Maschinenarbeit und wo

die Großindustrie ihm keine Konkurrenz macht."

Die „Allgemeine Handwerkerzeitung“ würde sich gewiß den Dank der Handwerker verdienen, wenn sie Fächer angeben würde, in denen die Großindustrie dem Kleinhandwerk keine Konkurrenz macht.

Die Krise

Ist eine Erschütterung, deren Verständnis nicht die geringste Schwierigkeit verursacht. Man denke sich beispielsweise ein Volk, eine Million Köpfe stark, sei mit Schuhen zu versehen. Nun weiß man, daß der Einzelne 3 bis 5 Paar Schuhe jährlich verbraucht, und somit fünf Millionen den Bedarf decken.

Von den 50 Paaren Schuhe bleiben also 45 Paare als unverkäuflich liegen und nun können die Schuster ruhig 9 Jahre spazieren gehen, bis zwischen Produktion und Konsumtion wieder das Gleichgewicht hergestellt ist.

Je mehr der einzelne Fabrikant produziert, desto größer sein Profit. In rasendem Tempo wird weiter gearbeitet, Tag und Nacht. Männer, Frauen und Kinder werden abgerackert, bis sie im besten Lebensalter ermattet in's Grab sinken; und die Gewißheit, daß die Krise kommen wird, ist nur ein scharfer Sporn für den von Habgier wahnsinnigen Kapitalisten.

Gegenwärtig hatten wir jedoch die eine Krise noch nicht überwunden, als wir in die andere hineingerieten. Der Krisenzustand wird normal. Jahrelang dauert die Stockung, langsam nur fließen die Waaren ab, nur diejenigen, welche durch diese Weise nicht ganz ruiniert wurden, endlich zu befähigen, das Spiel von Neuem zu beginnen.

Das alte wahnsinnige Getriebe beginnt von Neuem und zwar mit demselben Verlauf, nur mit dem Unterschied, daß sich die Zwischenräume immer mehr verengern. Aber die Krisen, obgleich der Ruin von Tausenden, sind zugleich die Wolfgruben, in welchen das Großkapital alle kleineren Kapitalisten einfängt und vernichtet, um nach jeder überstandenen Krise mächtiger darzustehen.

Längst ist das in der kapitalistischen Welt kein Geheimnis mehr. Der Kapitalismus zerstört sich selbst, er frißt sich selber auf.

Dennoch da er die Tendenz verfolgt, das Kapital in immer weniger Hände zu konzentrieren, die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier zu verwandeln, so schafft er zugleich diejenige Macht, welche gezwungen die Veränderung dieser Zustände vollziehen wird. Das Proletariat, angeschwollen durch immer größere Massen fast gepfundener und verbitterter Menschen, denen oft trotz der großen Intelligenz jede Aussicht auf ein menschenwürdiges Dasein entzogen wird, erweist in dem Augenblicke, in welchem es zur klaren Einsicht in die Lage der Dinge geräth, die Staatsgewalt, um die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum zu verwandeln.

Die bisherige, sich in Klassegegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse, zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Knechtschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit).

Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbstständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein.

Das wird das Ende der Großproduktion mit ihren Krisen sein. Diefem Ziele treiben wir mit Macht entgegen, dem Willen der Bourgeoisie zum Troze, welche dazu verdammt ist, sich ihren Untergang selber zu bereiten. Denn die Haupttriebfeder derselben ist das Privatinteresse, welches auf die Klasseninteressen keine Rücksicht nimmt und in blinder Eier den Kapitalismus selbst vernichtet.

Pflichtvergessenheit.

Auf der zweiten ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine in Wiesbaden hielt der Präsident des Bundesausschusses der badischen Gewerbevereine, Fabrikant Schwindt aus Karlsruhe, eine Rede über die Organisation des Arbeitnachteiles.

Wedenken. Sehr leicht könnte unter den Angehörigen der arbeitenden Klasse, sofern die Gemeinde sich mit der Leitung einer Anstalt befassen wollte, die Meinung lag greifen, daß solche damit nur einer ihr obliegenden Pflicht genüge, aus welcher mit vollem Recht auch die weitere Verpflichtung abgeleitet werden dürfe, die Gelegenheit zur Arbeit und Verdienst unter allen Umständen zu schaffen, ein Verlangen, dem gegenüber um so größerer Vorzicht geboten erscheine, als nur unter ganz ausnahmsweisen Voraussetzungen von einer derartigen Verpflichtung der Gemeinde die Rede sein könne.

Diese Motivierung ist recht interessant und „läßt tief blicken“. Das Kapital hält nicht bloß seine Taschen zu und läßt die Arbeitslosen kalblütig hungern, es sträubt sich auch in weiser Vorsicht gegen Einrichtungen zum Besten der Arbeitslosen, welche den Schluß zulassen, daß dem Prinzip, das Gemeinwesen sei verpflichtet, den Arbeitslosen Verdienst und Brod zu schaffen, eine gewisse Berechtigung eingeräumt werde.

Kapitalistische Gesellschaft, Klassenstaat und Klassengemeinde, lehnt im Prinzip jede Verpflichtung gegen die Besitzlosen ab. Sie findet es ganz in der Ordnung, daß die besitzende Klasse ungeheure Ueberschüsse und Reichthümer anhäuft und daneben die heillosen Massen darben und verkommen läßt. Sie macht zwar allerlei in Wohlthätigkeit, die in einer Welt des Massenelendes wie der gegenwärtigen ein Tropfen auf einen heißen Stein und einen Brodbroden für einen ausgehungerten Elefanten bedeutet; davon abgesehen, daß die Wohlthätigkeit ihre Spittelpuppen als Gnade darreicht und sich weit mehr wie eine launische, sich vornehm herablassende Dame denn als liebevolle Samariterin gebet, und daß sie den Empfängern demüthigt resp. begräbt, indem die Inanspruchnahme derselben den Verlust des Wahlrechtes zur Folge hat.

Auf die Hoffnungen, daß die sozialpolitischen Gesetze im arbeiterfreundlichen Sinne revidirt und ausgebaut werden würden, sent sich der herbste Meiß. Da die Arbeiter auf den Köder nicht angebissen haben, läßt man es beim Alten.

Nichtsdestoweniger nennt sich diese Gesellschaft, die nicht bloß ihre Pflichten gegen die Besitzlosen so schnell vernachlässigt und verabsäumt, sondern gar nichts von solchen wissen will, zivilisirt, human, sittlich, christlich. In Wahrheit aber ist eine solche Gesellschaft barbarisch, inhuman, unsittlich, heidnisch. Sie steht sogar tief unter dem antiken Heidenthum, denn damals war die Produktion noch höchst unentwickelt, die Menschheit war im Großen und Ganzen arm, große Ueberschüsse gab es nicht, enorme Reichthümer waren eine außergewöhnliche Seltenheit, die Möglichkeit, Allen ein genügendes Auskommen zu bieten, war noch nicht gegeben.

Eins freilich hat die heutige christliche Gesellschaft vor der antik heidnischen voraus; die heuchlerische Phrase. Sie thut, als wüßte sie nicht, daß es h. gutage, im Zeitalter der Maschine, Tausenden mit dem besten Willen ganz unmöglich ist, Arbeit zu

erhalten, resp. die Einstellung der Einen Verdrängen der Anderen bedeutet, so daß sich jahraus jahrein ein gewaltiger Strom unglücklicher Unterstandloser durch die Länder wälzt. Nur „unter ganz ausnahmsweisen Voraussetzungen könne von einer derartigen Verpflichtung die Rede sein“, erklärte Herr Schwindt. Ei, wisset Ihr denn wirklich nicht, daß die Massenarbeitslosigkeit längst chronisch geworden, daß auch die sogenannten normalen Zeiten abnorme sind, weil die stets fortschreitende Technik die menschliche Arbeit überflüssig macht und entwerthet? Gewiß, sie wissen es Alle ganz gut, ist doch dieses Geständnis schon an Regierungskreisen gemacht worden, von Ministern, wenn es lust in ihren Kram paßt.

Diese Gesellschaft weiß das Alles recht wohl, aber sie will es nicht wissen, um ihre Pflichtvergessenheit zu beschönigen.

Die Arbeiter aber, die es noch nicht wissen, können daraus ersehen, daß der einzige Weg zu ihrer Befreiung aus bitterer Noth und schwerer Knechtschaft der ökonomische und politische Klassenkampf, die gewerkschaftliche und politische Organisation ist.

Die kapitalistische Gesellschaft wird nie und nimmermehr zum Pflichtbewußtsein erwachen.

Die Wirkung der Konzentration der Arbeitsmittel.

Ueber den Zusammenschluß der Birmaenser Schuhfabrikanten zu gemeinsamer Produktion berichtete die Zeitschrift „Volkswohl“ in einer ihrer letzten Nummern. In Birmaens in der Pala, bekannt durch seine große Schuhindustrie, haben sich 61 Schuhfabriken in der Form einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 17 1/2 Millionen vereinigt. Nicht nur die gegenseitige wettbewerbliche Konkurrenz, die sich diese 61 Fabriken in einer kleinen Stadt (von etwa 16,000 Einwohnern) machten, sondern namentlich die Einsicht betreffs der vielfachen Vergeudung von Arbeitskräften hat den Entschluß gezeitigt. Die bisher beschäftigten 8723 Arbeiter der 61 Fabriken werden auch in der einzigen Fabrik weiter beschäftigt werden; es ist aber eine Arbeitstheilung in der Weise geplant, daß eine Fabrik Herrenschuhe, die andere Damenschuhe, die dritte Kinderstühle anfertigt, daß in der einen nur diese Sorten Leder, in einer anderen jene Sorten und in anderen nur Stoffe verarbeitet werden sollen. Diese Arbeitstheilung erhöht voraussichtlich die Leistungsfähigkeit der Fabriken, die aber deshalb noch keineswegs mit den Startellen verglichen werden können, die gewissermaßen Monopole durch ihre Vereinigung herstellen. Welche Ersparnisse im Betriebe sich ergeben werden, zeigt schon der Umstand, daß an Stelle von bisher 321 Reisenden künftig nur zwölf und eine kleine Zahl von Agenten an ausländischen Hauptplätzen den Verkauf der Fabrikate besorgen sollen. Man schätzt diese Ersparnisse allein auf eine Million und denkt durch Zusammenlegen von mehreren bisherigen Fabriken in je ein Gebäude auch ähnliche Ersparnisse durch Einziehung von Werkmeister- und Aufseherstellen zu erzielen. Die bisherigen Fabrikanten übernehmen nicht nur die Stellen von Aufsichtsräthen und Direktoren, sondern auch die der Betriebsleiter.

Die Phrase von der gegenseitigen wettbewerblichen Konkurrenz in einer Stadt von 16,000 Einwohnern, die gleichsam als Konkurrenz des Unternehmens dienen soll, ist einfach albern. Wenn von den 16,000 Einwohnern über die Hälfte in den Schuhfabriken beschäftigt sind, so fallen diese und ihre Angehörigen und damit fast die gesammte Einwohnerzahl als Konsumenten aus. Birmaens arbeitet für den Weltmarkt. Doch das nur nebenbei. Wir betrachten die Fortentwicklung der großkapitalistischen Produktion durchaus als kein Unglück, wenn auch vorläufig das Heer der Arbeitslosen vermehrt wird. Wir halten diese Fortentwicklung für nothwendig. Besser wie alle theoretischen Erörterungen und Beweisführungen ist das Experiment geeignet, die gesellschaftliche Produktion zu demonstrieren und daß sie segensreich wirken kann, wenn sie nur ihres privatkapitalistischen Charakters entkleidet wird. Vorläufig sollen die Kosten der Verwertung der Arbeitslosen die Reisenden und Werkmeister tragen. Auch diese Wirkung kann nur von Vortheil sein. Diese Kreise hielten sich bisher für unentbehrlich, ihr Interesse ist mit dem des Betriebes eng verknüpft. Jetzt sind sie überflüssig, überflüssiger noch als die Arbeiter, die man noch in der bisherigen Zahl nötig hat, bis die geplante, im Großen durchgeführte Arbeitstheilung vollendet ist. Dann wird wohl auch noch ein Viertel der jetzigen Arbeitskräfte übrig werden. Werden die Herren Werkmeister und Reisenden nun einsehen, daß sie auch nur Handlanger und Lastthiere des Kapitalismus sind und daß sie dasselbe Klasseninteresse wie die Arbeiter haben und deshalb die Bestrebungen derselben — die Verwirklichung der gesellschaftlichen Produktion — unterstützen müssen?

So gleicht die wirtschaftliche Entwicklung stets weitere Kreise und damit wird die Zahl Derer immer größer, die der Proletarisierung verfallen.

Das Vorgehen der Pittman'scher Schmelzfabriken, ihre Vereinigung zu einem einzigen Großbetrieb steht nicht vereinzelt da. Es besteht der Plan, die gesamte Kohlenförderung Großbritanniens zu einem Trust zu vereinigen. Gegenwärtig wird die jährliche Förderung der Kohlengruben Großbritanniens auf 182,000,000 Tons geschätzt, was die Tonne zu 7 sh 3 d gerechnet, einen Werth von 65,975,000 Pfd. St. für die Besitzer und Pächter ausmacht. Davon müssen 54,600,000 Pfd. St. Kosten (8 sh pro Ton an der Grube) abgezogen werden, so daß 11,375,000 Pfd. St. Gewinn noch bleiben. Etwa 20 Prozent der Kohlen werden zur Herstellung von Eisen und Stahl verwendet, und da ein großer Theil der Kohlen von den Eisenschmelzern selbst gewonnen wird, so blieben sich diese der Ausführung des Planes nicht anschließen, weshalb letzterer auf die Produktion von 145,000,000 Tons gerichtet ist, was einem Kapital von 110,000,000 Pfd. St. gleichkommt — nur etwas mehr, als zum Beispiel das Kapital der London und North-Western oder der Midland Eisenbahn beträgt. Durch Zusammenlegung der Gruben soll eine Vermehrung der Produktion um 10 Prozent erzielt werden, ganz abgesehen von der Verbesserung des Betriebes, der Ventilation etc., welche dadurch ermöglicht wird. Die Verwaltung leitet ein Zentralrat, in welchem die Vertreter auf Grund einer bestimmten Anzahl Tons Kohlen als Einheit gewählt werden, sage man z. B. auf je 5,000,000 Tons ein Vertreter. Unter diesem Zentralrat sollen 30 Distrikts-Komitees stehen, welche sich mit der unmittelbaren Verwaltung der Kohlengruben ihrer Distrikte zu befassen haben. Die Mitglieder dieser Komitees sollen von den Aktienbesitzern und Grubenarbeitern nach einem bestimmten Verhältnis gewählt werden. Die gegenwärtigen Verwalter dürften meist auf ihren Stellen bleiben, und wenn das nicht möglich sein sollte, würden sie ersetzbar werden. Der Werth der Kohlengruben ist durch Experten zu bestimmen, doch wird als Norm ungefähr 15 sh pro Ton gewöhnlicher Kohle je nach der jährlichen Produktion der betreffenden Gruben in den letzten Jahren vorgeschlagen. An den Gruben Großbritanniens sind ungefähr eine Million Arbeiter beschäftigt. Die Löhne sollen zunächst durch die Distrikts-Komitees, in denen auch die Arbeiter vertreten sind, bestimmt werden, doch sollen die Löhne möglichst gleich sein. Der Versicherungsfonds soll 753,333 Pfd. St. jährlich (1 d pro Ton) betragen. Der Preis der Kohle soll, wie bereits erwähnt worden, nie höher gestellt werden, als nötig ist, um den Obligationen 5 Prozent und den Aktien 10 Prozent zu sichern, welche Dividende mit Erlaubnis des Handelsamtes bis auf 15 Prozent gesteigert werden darf, wobei die Arbeiter einen Antheil erhalten. Das Handelsamt soll mit der Ueberwachung der Ausführung dieser Bestimmungen betraut werden, und falls daselbe eine Vermehrung der Dividende über 15 Prozent gestattet, soll auch der Käufer der Kohle in Form eines Abzuges einen Antheil erhalten, der dem Gewinne des Arbeiters und des Grubenbesitzers entspricht. Ein Reservefonds soll gegründet werden zur Eröffnung neuer Gruben an Stelle der erschöpften, ebenso ist ein Amortisationsfonds vorgesehen. Zur erfolgreichen Ausführung des Planes wäre die Zustimmung von zwei Dritteln der Besitzer und Pächter der Kohlengruben Großbritanniens nötig, und die Vertreter des Planes hoffen zuversichtlich, so viele Eigentümer zusammenzubringen.

In diesem Plan ist schon ein weiterer Schritt zur Annäherung an die Form der gesellschaftlichen Produktion erkennbar. Und wenn behauptet wird, daß der Bewirklichung des Planes noch bedeutende Hindernisse im Wege ständen, so würde das hauptsächlichste der Ermüdungsgrund sein, daß auch dem Wüthenden und Mächtigsten unter den Arbeitern klar werden muß, wie überflüssig und entbehrlich die Klasse der Unternehmer eigentlich ist. Das deutsche Kohlenhabitat unterscheidet sich nur wenig von dem englischen Plan. Es ist nur etwas selbstherrlicher. Es verbietet sich entschieden die Kontrolle des Handelsamtes. Die wird aber doch kommen als Vorläufer der Vergesellschaftung der gesamten kapitalistischen Produktion. Das Klassenbewußte Proletariat kann seine helle Freude an der neuesten Phase der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Es geht mit vollen Segeln in den Freihasen der sozialistischen Gesellschaft.

Aus Oesterreich.

Die provisorische Kommission der Gewerkschaften Oesterreichs wurde beauftragt, für den 24., 25., 26. und eventuell 27. Dezember 1893 in Wien einen Gewerkschafts-Kongress zu veranstalten. Dieser Kongress hat die

Aufgabe, in allgemeinen Zügen klar zu stellen, in welchem Rahmen, Form etc. sich in Zukunft die gewerkschaftliche Organisation bewegen soll, wenn sie den wirtschaftlichen Kampf mit möglichstem Erfolg ausführen will. Das Bestreben aller Vertreter und Mitglieder der Gewerkschaften, sowie Fachvereine soll deshalb, in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse, darauf hinausgehen, die einzelnen mehr oder weniger abgesonderten Gruppen zu verbinden, zuerst in Verbänden von verwandten Berufen, des Weiteren zu einem großen Ganzen.

Die Kommission hat einen Organisationsentwurf ausgearbeitet, den wir hier wiedergeben.

Organisations-Entwurf.

Um ein einheitliches, zweckentsprechendes und nützlichbringendes Vorgehen der unter dem bestehenden Verhältnisse in Oesterreich möglichen gewerkschaftlichen Organisationen zu erzielen, sowie zur Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele, verbinden sich die Gewerkschaften, resp. Branchenorganisationen Oesterreichs in folgender Weise:

In Erwägung, daß durch die moderne kapitalistische Produktionsweise die verschiedenen Branchen immer mehr zu einem einzigen großen Industriezweig vereinigt werden und durch diesen Umstand die Angehörigen der Branchen zu leiden haben, in weiterer Erwägung, daß ein großes wirtschaftliches Interesse uns zwingt, in dem Kampfe auf diesem Gebiete unseren Gegnern auch gehörig gegenüberzutreten, beschließt der am 24., 25. und 26. Dezember 1893 in Wien tagende 1. österreichische Gewerkschafts-Kongress die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation in Form der Industriegruppenbildung anzunehmen und mit allen Mitteln dahin zu trachten, daß die Organisation zur vollständigen Durchführung gelange. Die Grundlage der gesamten Gewerkschaftsorganisation bilden die Gewerkschaften der einzelnen Berufe.

Aufgaben der Gewerkschaften:

Die einzelnen Gewerkschaften haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder allseitig zu wahren, insbesondere durch Maßnahmen zur Erzielung, resp. Erhaltung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen beizutragen.

Jede Gewerkschaft hat ihren Wirkungskreis auf das ganze Kronland zu erstrecken, in allen Orten, wo eine genügende Anzahl von Berufsgenossen und Genossinnen vorhanden sind, sind Ortsgruppen derselben zu errichten und dahin zu wirken, daß die Verbindung mit verwandten Berufsgruppen (einer Industriebranche) hergestellt, resp. geschaffen wird, zu denen möglichst die Gesamtheit der in Frage kommenden Berufsgenossen und Genossinnen herangezogen wird.

Mittel zu diesem Zwecke sind:

- a) Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, sowie Beseitigung von Mißständen in den einzelnen Betrieben, sowie im ganzen Gewerbe;
b) Regelung des Vermittlungswesens und Errichtung von Herbergen;
c) Pflege der Statistik;
d) Einführung, resp. Regelung der Reiseunterstützung;
e) Beseitigung der Behringsausbeutung.
Um dies mit gehörigem Nachdruck betreiben zu können, verbinden sich die Gewerkschaften mit den verwandten Berufsorganisationen unter einheitlicher, aus Vorstandsmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommender Berufsorganisationen bestehender Leitung zu Gruppen-Organisationen durch Gründung eines Industrieverbandes.

Aufgaben des Industrieverbandes:

Möglichst planmäßige und auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die zur Industriebranche gehörenden Berufsorganisationen.

Herausgabe eines gemeinschaftlichen Organes, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessierten sämtlicher dabei in Betracht kommender Organisationen Rechnung getragen wird.

Streiks, welche innerhalb der zur betreffenden Gruppe gehörenden Industriebranche notwendig werden, von den einzelnen Berufsorganisationen aber nicht wirksam geführt werden können, sind, nachdem sie von der Industriebranche gutgeheißen worden, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Letztere sind im prozentualen Verhältnis zur Mitgliederzahl von allen zur Industriebranche gehörenden Berufs-Organisationen aufzubringen.

Die Berufsstatistik der einzelnen Organisationen zu fördern und für die Veröffentlichung der Resultate zu sorgen.

Die für die zur Industriebranche gehörenden Berufe errichteten Herbergen, Zahlstellen für Reiseunterstützung, Rechtschutz etc. in einzelnen Städten, sowie im ganzen Reich möglichst zu zentralisieren.

Um diese Organisation gehörig betreiben zu können und zur Verheißung einer Verbindung der einzelnen Industriegruppen untereinander, sowie zur Beförderung derjenigen Angelegenheiten, an denen alle Gewerkschaften gleichmäßig interessiert sind, aber

keine für sich zu deren Regelung geeignet ist, anerkennt der 1. österreichische Gewerkschafts-Kongress, daß die Zentralisation notwendig ist, zu welchem Behufe vorläufig, bis die Industrieverbände ausgebaut sind, um einen Verband aller Industrieverbände bilden zu können, zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eine zentrale Körperschaft, und zwar aus je einem Vertreter einer Industriebranche zusammengesetzte Gewerkschafts-Kommission, eingesetzt wird. Dieselbe hat sich durch je einen Vertrauensmann der Gewerkschaften in der Hauptstadt eines jeden Kronlandes zu ergänzen, und ist dem Kongresse über ihr Gebahren verantwortlich.

Programm der Gewerkschafts-Kommission.

Die Betreibung der Organisation und Agitation in denjenigen Industrien und Gruppen, deren Angehörige theilweise oder noch nicht organisiert sind, mit besonderer Berücksichtigung der Provinz.

Errichtung von Widerstandsfonden.

Die Statuten des Vereines, sowie der Verbände zu einem einheitlichen und praktischen zusammenzustellen.

Das Unterstützungswesen, als: Rechtschutz, Reise-, Herbergs- und Vermittlungswesen etc. zu zentralisieren, durch Anstrengung der Errichtung von Arbeiterbörsen.

Die von den einzelnen Vereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen zusammenzustellen, sowie statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen.

Verbände für zusammengehörende Industriegruppen, sowie einen Zentralverband aller Verbände zu bilden.

Veröffentlichung aller die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Angelegenheiten durch das Korrespondenzblatt für die Vorstände und Vertrauensleute.

Regelung der Fachpresse.

Einen Gewerkschafts-Kongress mit Zustimmung der Majorität der Organisationen einzuberufen.

Aufgaben der Vereine gegenüber der Gewerkschafts-Kommission.

Jede Organisation hat pro Monat an die Gewerkschaftskommission einen von Kongress zu bestimmenden Beitrag zu leisten. Von diesen Beiträgen sind zunächst die Kosten des Blattes, Verwaltung, Agitation etc. zu bestreiten.

Jede Organisation ist verpflichtet, die statistischen Erhebungen der Kommission zur allgemeinen Zusammenstellung und Veröffentlichung zu übermitteln, sowie einen vierteljährlichen Bericht über Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, Rechtschutz- und Vermittlungswesen etc. einzubringen, respektive diesbezügliche Fragebogen der Kommission genau zu beantworten.

Von etwaigen Streiks der Kommission zu berichten, wo möglich und nach Thunlichkeit deren Gutachten einzuholen.

Sich bei Streiks gegenseitig zu unterstützen, oder wenn es die Nothwendigkeit erfordert, daß einzelne Industriezweige sich an den Streik anschließen, daselbe zu vollführen.

Zu den Verbandstagen und Kongressen die Kommission einzuladen.

Die Beschlüsse der Kommission, sowohl der gemeinsamen Versammlungen, der Vertreter der Vereine, sowie der Gewerkschafts-Kongresse zu beachten und einzuhalten.

Die Kommission bei den Erhebungen über Statistik zu unterstützen.

Vorschläge in Beziehung auf Organisation zu machen.

Sozialer Kongress.

ps. Die volkswirtschaftliche Abtheilung des freien deutschen Hochschiffs in Frankfurt a. M. veranstaltete am 8. und 9. Oktober die erste Besprechung volkswirtschaftlicher und sozialer Zeitfragen. Die Tagesordnung lautete: „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten.“ Zu den Verhandlungen hatten sich etwa 200 Theilnehmer und ca. 300 Zuhörer eingefunden. Die Theilnehmer bestanden aus den verschiedensten Berufsständen und Klassen, aus Männern der Wissenschaft, Beamten, Statistikern, Vertretern der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen, „Blanthropen“ usw.

Prof. Dr. W. Valentini eröffnete am 8. Oktober, Morgens 9 Uhr, den Kongress, indem er Namens des akademischen Ausschusses des Hochschiffs, die Theilnehmer begrüßte. Zum Vorsitzenden wurde auf Vorschlag der Einberufer Dr. C. Fleisch ernannt.

Prof. Dr. Lönnies-Riel hielt das erste Referat über den modernen Arbeitsvertrag. Durch das gewaltige Werk Karl Marx sei es allgemein geworden, den Arbeitsvertrag als Kaufvertrag aufzufassen. Der moderne Arbeitsvertrag unterscheidet sich dadurch von allen früheren Arbeitsverträgen, daß die Arbeitskraft losgelöst wird von der Person des Arbeiters. Die Arbeitskraft wird verkauft, die Person des Arbeiters bleibt frei. Wie alle Verkäufer können sich

auch die Arbeiter verbinden, um bessere Preise zu erzielen. Dies die Bedeutung der Fachvereine; die Fortbildung des Arbeitsvertrags geht parallel mit der wirtschaftlichen Entwicklung. So hat zugegeben, daß beim Arbeitsvertrag Wohl und Wehe der Arbeiter auf dem Spiel steht, gibt es prinzipiell keine Grenze für die Einmischung des Staates. Die Produktionskräfte sind der jetzigen Leitung der Produktion über den Kopf gewachsen. Die Arbeitslosigkeit wird eine immer mehr chronische Erscheinung. Hier könne nur eine Regelung der Produktion helfen.

R. Klotz, der Vorsitzende des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hatte das 2. Referat über „Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und Nothstandsarbeiten“ übernommen. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit werden vielfach in äußeren Erscheinungen gesucht, sie liegen aber in der Produktion selbst. Die beständigen Kriegsvorbereitungen und das besonders bei Wahlen übliche Kriegsgelächel erwecke bei den Unternehmern immer ein Gefühl der Unsicherheit. Wenn schon ein um ein paar Wochen längerer Winter einen so großen Nothstand schaffe, wie wir ihn die letzten Jahre gehabt, so müsse die Sache doch noch tiefer liegen. Ein gut genährter Körper könne leicht Strapazen überwinden; ebenso sei es mit einem gesunden Volkskörper. Die Ursachen des Nothstandes lägen hauptsächlich in der inneren Einrichtung unserer Produktion, die lange Arbeitszeit und der geringe Lohn mache die große Waffe des Volkes, die Arbeiter, nicht konsumfähig. Früher sei das Verhältnis zwischen Meister und Arbeiter ein anderes gewesen; heute müsse der Kleinmeister ebenso, wie der Kapitalist dem Arbeiter ausbeuten; auch er betrachte den Arbeiter nicht mehr als Mitmenschen, sondern als Waare, durch deren Kauf er möglichst viel profitieren will. Das Kapital arbeite nicht mit Gründen der Billigkeit gegen die Unternehmer, b. h. es gebe die Waaren nicht zum Herstellungspreis an sie ab, sondern es suche Profit und immer wieder Profit zu erringen. In Folge der Konkurrenz könnten aber die Preise nicht beliebig hoch geschraubt werden, sondern jeder Kapitalist suche möglichst die Löhne zu reduzieren. Dem könne nur die sachgewerbliche Organisation einen Damm entgegensetzen. Die Gewerkschaften waren bis jetzt nicht in der Lage, Großes in dieser Beziehung zu leisten. Die Neglering, die Unternehmer und der Indifferentismus der Arbeiter hindern sie daran. Der Großbetrieb arbeite heute planlos, werfe viel Artikel auf dem Markt und suche dann durch die fleckige Abnehmer zu gewinnen. Der Kapitalismus nehme alle Erfindungen, Entdeckungen, alle Erzeugnisse der Kultur für sich in Anspruch; dadurch gereichen alle diese Segnungen der Menschheit zum Fluch. Es sei nicht nur für den Unterhalt der Gesellschaft insofern zu sorgen, daß alle ernährt würden, es müßte auch Allen alles Schöne und alle Kulturerrungenschaften zugänglich sein. Einerseits solle die Arbeitszeit mehr verkürzt werden, andererseits die Gelegenheit zum Genuß geboten sein. Die Reservearmee wolle nicht verhungern und deshalb biete sie sich unter dem Preisse an. Durch die Arbeitslosigkeit sei es gekommen, daß was früher durch zwei Hände ging, jetzt durch 50 gehe. Die Akkordarbeit sei eine Erfindung der kapitalistischen Produktion; sie mache die Arbeiter zu Egoisten. Zuerst bekomme der tüchtigste Arbeiter die Arbeit, darnach würde der Preis gemacht und der minder Begabte, körperlich Schwächere müsse sich dann ungeheuer anstrengen, um etwas zu verdienen. Im Interesse der Gesellschaft liege es, neue Arbeitskräfte heranzubilden. Der Unternehmer kümmert sich aber darum nicht, ob der Arbeiter auch seine Familie ernähren könne; er zahle dem Ledigen wie dem verheirateten Arbeiter gleiche Löhne, welche aber nicht einmal bei dem Ledigen ausreichen, dessen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Unternehmer sorgt nicht für die Kinder der Arbeiter; er hat auch kein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft. Für seine Maschinen und Thiere müsse er einen bestimmten Ankaufspreis zahlen; deshalb lasse er diese gut bedienen etc., um ihre Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten. Anders beim Arbeiter; ist dessen Arbeitskraft ausgenutzt und erschöpft, so werde er einfach fortgeschickt und ein Anderer tritt an seine Stelle. Medner kommt auf die bekannte Broschüre des Zentrumsabgeordneten Hülke zu sprechen, in welcher dieser den Arbeitern empfiehlt, von Kartoffeln, Buttermilch, Wurstbrühe und Schweinefleisch zu leben; er wird in diesen Ausführungen vom Vorsitzenden gebührend. Er fährt weiter: wenn die Kapitalisten die Forderungen der Arbeiter nicht hören wollten, so genire das die Arbeiter an der Erringung derselben nicht. Die Gemeinden hätten die Verpflichtung, für Nothstandsarbeiten zu sorgen, und zwar schon vorher, nicht immer erst dann, wenn es eben gar nicht mehr anders gehe. Erarbeiten, Statistiken, Besuche und Entlassungen seien wohl Arbeiten für sogenannte ungelernete Arbeiter, nicht

aber für Industriearbeiter. Diese seien in Folge ihres Aufenthaltes in der Werkstätte nicht in der Lage, die Unbillen der Willkür, die schwere Arbeit z. auszuhalten. Außerdem würde den Arbeitern, die zur Ausübung ihres Berufes einer sehr empfindlichen Hand bedürfen, die Fortsetzung ihres Berufes nach dieser Arbeit sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Es müßten demnach Werkstätten errichtet werden, in welchen unter Anderem die innere Einrichtung der Bauten gefertigt werden könne. Die Stadt Mannheim lege vorans, daß die von ihr beschäftigten Nothstandsarbeiter in Mannheim unterstützungsberechtigt sind. In Magdeburg hätte der Stundenlohn für Nothstandsarbeiter 20 S betragen; die Arbeiter seien aber in Accord vergeben worden, wobei noch weniger verdient würde. Stuttgart hat 25 S pro Stunde bezahlt. Der Staat und das Reich habe die Verpflichtung, hier einzugreifen. Die Nothstandsarbeiten genügen nicht; sie helfen nicht dauernd ab, sondern machen das Uebel nur dauernd. Auch der Normalarbeitsstag könne kein dauernd feststehender sein; er würde als nächste Folge die Entwicklung der Technik fördern, denn die Kapitalisten wollten immer ihren Profit wahren. Eine Regelung der Produktion und Konsumtion wird erst möglich sein, wenn die individualistische Gütererzeugung der kollektivistischen weicht. Möge jeder edle Menschenfreund bestrebt sein, dieser Umwandlung die Wege zu ebnen. (Stürmischer Beifall des größten Theils der Versammlung.)

Dr. G. Hirschberg, Beamter am statistischen Amt in Berlin, sprach als dritter Referent über „Erhebungen über Arbeitslosigkeit.“ Er sprach sich sehr abfällig über private Erhebungen aus. Die Kosten seien sehr hoch; so sei beispielsweise den Pölnern die Arbeitslosenstatistik pro aufgenommenen Arbeitslosen auf 65 S, den Stuttgartern auf 25 S gekommen. Die Arbeitslosen seien besonders zu bemerken. Die von den Gewerkschaften oder Fachvereinen aufgestellten Statistiken seien meist tendenziös; sie sollten von diesen Körperschaften unterlassen werden. Staat und Gemeinde hätten für sie zu sorgen; am besten sei eine Veranschlagung mit der Volkszählung zu verbinden; der Versuch könne vorerst in einzelnen Bezirken gemacht werden.

G. Bauteuschlager, der frühere Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegerichts, eröffnete die Diskussion. Zur kollektivistischen Produktion kämen wir wohl in langer Zeit nicht. Einzelne sozialistische Momentaufnahmen hätten keinen besonderen Werth. Die Erhebungen müßten fortwährend sein. Die bestehenden Vermittlungsbüros seien zumeist Ausbuchtungsinstitute, da sie zu hohe Gebühren erheben. In Stuttgart errichte man ein städtisches Arbeitsamt, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Gewerbegerichtsbeisitzer) gleichmäßig vertreten sind und der Vorsitzende der Gleiche vom Gewerbegericht sei.

Bartholomäus, Sekretär des Vereins für Arbeitsvermittlung, spricht über die österreichischen Verhältnisse. Das fortwährende Abwischen von Thor zu Thor verbittere die Arbeiter. Von Polizeiwegen errichtete Arbeitsnachweise wären gänzlich verfehlt. Große Ausbuchtung würde durch die Stellenvermittlungsbüros und die „Inseratenkreblerei“ verübt. Der Arbeitsvermittlungsbüro sei seit 1885. Ihm gehörten 89 Arbeitgeber und 86 Arbeitnehmer an. Das Geld, welches sehr spärlich sei, würde größtentheils durch Spenden und Subventionen aufgebracht. Seit Beginn der Vereinsfähigkeit ließen sich in Wien Stellensuchende vorwerfen: vom Jahre 1885-90: 33,430 Personen, hieron wurden Stellen vermittelt 11,884; im Jahre 1891 meldeten sich 3540 Personen, hieron wurden vermittelt 3898; im Jahre 1892 meldeten sich 9684 Personen, hieron wurden vermittelt 3354. In Summa vorgewerbt 52,654, vermittelt 19,436. Also wurde 37 Prozent der Angeworbenen Arbeit zugewiesen. Die Stadtgemeinden und die Besonderen sollten hier sorgen.

C. Legien-Hamburg, Vertreter der General-Kommission deutscher Gewerkschaften, erklärte, jeder Verkäufer habe darüber zu bestimmen, unter welchen Umständen er seine Waare verkaufen wolle. Ebenso gehöre der Arbeitsnachweis nur in die Hände der Arbeiter. Die Unternehmer hätten dabei nichts zu thun. Die Gemeinden müßten die Mittel gewähren. Es solle nicht, wie in Stuttgart, ein städtischer Beamter an der Spitze stehen, sondern ein von den Arbeitern gewählter Vertrauensmann. Die Unternehmer erblicke im Arbeiter immer Menschen geringerer Sorte. Er weist die Aeußerung des Dr. Hirschberg, betreffs der „tendenziösen“ Arbeiterstatistiken, zurück. Die Arbeitslosen seien Erzeugnisse des heutigen Klassenstaates. Die Arbeiter sind die Unterdrückten und deshalb sei ihr Mißtrauen berechtigt. (Heißer Beifall folgte der Rede Legiens.)

Dr. Nagoczy-Bonn, Handelskammersekretär, bebauert die theoretischen Erdörterungen.

Die Arbeitervertreter, die gesprochen, hätten die Klust zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur erweitert. Man solle nicht den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachforschen (!). Die Freizügigkeit sei mit ein Grund der Arbeitslosigkeit. Die Gemeindevverwaltung hätte einzugreifen. Medner stellt zum Schluß einige Sätze auf, über die aber weder speziell diskutiert noch abgestimmt wurde.

Die Redezeit wird auf 10 Minuten festgesetzt.

Dr. M. Quart-Frankfurt: Gerade die Arbeiter hätten mit Statistiken angefangen, nicht die Behörden. Die Gemeindeverwaltungen sollten mit den gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeitsvermittlung regeln. Die Unternehmer sollten Theil daran nehmen.

G. Hahn-Burg, Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins der Fabrik- und Handarbeiter, verlangt Selbsthilfe der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter sollten in guten Zeiten für die schlechten sparen.

Dr. Fugl-Darmstadt, Sekretär der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Redakteur der „Konfordia“, theilt die Ansichten des Herrn aus Bonn. Man solle bei Arbeitsvermittlung eine Gebühr erheben. Er erkenne kein „Recht auf Arbeit“ an.

G. Böllin-Berlin, Vorsitzender des deutschen Buchdrucker-Verbandes, erklärt, daß man zunächst den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachforschen solle, daß aber die Arbeitsnachweise nichts helfen, wenn eben keine Arbeit vorhanden sei. Er bespricht den letzten Buchdruckerstreik; da sei es „alle“ geworden mit der „Harmonie“. Helfen könne eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Schulzer, Polizeikommissär, Vertreter der Stadtgemeinde Jerslohn, steht auf dem Standpunkt, daß die beste Arbeitsvermittlung auch nicht der Arbeitslosigkeit abhelfen wird. Die Gemeinde müsse die Vermittlungsbüros schaffen. Es gebe das „Recht auf Arbeit“. Bei Errichtung von Arbeitsbörsen würden diese vielleicht von Unternehmern zur Bohndrückerlei benützt; andererseits leide der stillesse Ernst der Arbeiter darunter.

G. Hartmann-Düsseldorf, Vertreter des Zentralrathes der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker). Die Arbeiter sollten sich weder mit den Behörden noch mit den Arbeitgebern einlassen, sondern selbst den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen. Den läudlichen Arbeitern solle das Koalitionsrecht gegeben werden. Die Bölle auf Lebensmittel schaffe man ab; die Staatswerke sollten nicht so unangebracht sparen. Der Staat solle die Organisationen der Arbeiter anerkennen. (!)

Hierauf wird der Kongreß auf Montag 9 Uhr vertagt.

Zweiter Tag.

S. Will-Hamburg, Vertreter der Schiffbauers, Tischhölzer und Seefahrer Deutschlands. Seine Ausführungen, unterstützt von einem reichhaltigen Material, als schwarzen Listen z. gefalteten sich mit zu den interessanteren. Seine Organisation hat den Versuch zur Arbeitslosenstatistik gemacht, er sei aber misslungen, hauptsächlich wären die indifferenten Kollegen daran schuld gewesen. Es sei besonders zu berücksichtigen, daß viele Arbeiter, die auf ihrem eigentlichen Beruf Schiffsbruch erlitten, sich der Seefahrt zuwenden. Die Anwerbung geschehe durch die Schauerleute, Bice u. Unterbice: jeder bente so viel, als nur irgend möglich, den Angeworbenen aus. Die Vermittlung erfolge in Wirtschaften, welche entweder selbst den Anwerbenden gehören oder deren Besitzer mit diesen unter einer Decke stecken. Die Leute würden so lange in den Wirtschaften hingehalten, bis ihre Mittel vollständig erschöpft sind, dann geben die Wirthe Vorschub, um ihre Opfer auch in Zukunft in den Klauen zu haben. Der Lohn für endlich zugewiesene Arbeit werde in den Wirtschaften ausbezahlt; dieses sei ungeschicklich. Neuerdings umgeht man das Gesetz und zahlt den Lohn in einem Nebenzimmer der Wirtschaft, wodurch an der Sache gar nichts geändert wird. Der Wirthe ist bei der Auszahlung zugegen und legt sofort auf den Lohn Beschlagnahme. Eine Eingabe der Organisation an den Hamburger Senat ist erfolglos gewesen. Es haben bisher viele Arbeiter als Kohlenhändler an den Schiffen beschäftigt konstruierte Maschine „Kohlenhändler“ an den Schiffen angewandt; diese erspare jedem Schiffe 12 Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit ist eine ununterbrochene 13tägige. Die Kapitalisten wollten beim Streik 1890 die Organisation sprengen. Medner weist schwarze Listen mit 170 Namen vor. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer dient dazu, die Arbeiter zu kontrollieren. Der Arbeitsuchende erhielt einen Schein (Medner weist solche vor), mit welchem er zum Arbeitgeber gehen mußte. War der Stempel auf diesem Schein waagrecht, so hätte er eingestellt werden, war der Stempel schräg, so sollte dies ein Zeichen sein, daß es der Unternehmer mit einem „anrüchigen“ Arbeiter zu thun hatte. Je schlechter der Stempel war, desto weniger war für den In-

haber des betreffenden Scheines Arbeit zu erlangen. Der christlich-soziale Arbeitsnachweis beschäftigt bei mangelnder anderweitiger Gelegenheit seine Leute selbst; er gibt ihnen (zumeist von Gönnern der Anstalt geschenkt) Kleider, wofür 12 M in Anrechnung gebracht werden. Die Arbeiter erhalten weiter freie Verpflegung und 5 Pf. Tagelohn. Ihr Leben sei ein trauriges, Labakrauchen und Schnapstrinken, woran die dortigen Arbeiter durch das Klima sehr gewöhnt, ist diesen Arbeitern auch noch verboten. Außerdem haben die Innungen einen Arbeitsnachweis, von diesem sind die organisierten Arbeiter aber ausgeschlossen. Hunderte von Markt wurden besonders den Neulingen von den Agenten angefohnen. Da sei einer durch „Indianerbücher“ z. veranlaßt, zur See zu gehen; er wendet sich an den Agenten, dieser läßt ihn kommen und bedeutet ihm, daß „gestern das Schiff abgegangen“ sei, auf welches er bestimmt war, das nächste heute erst in 3-4 Wochen; diese Zeit muß nun der Betreffende bei dem Agenten wohnen und hierfür, sowie für die Vermittlung an und für sich ca. 400 M bezahlen; seine Unterstützung wird ihm gleichfalls von demselben geliefert, wofür weitere ca. 400 M zu bezahlen sind, obgleich der Werth derselben nur ca. 150 M sei. Die Agenten verdienen bei diesem „Geschäft“ ein riesiges Geld. Die Hamburg-Amerikanische Paket-Dampfschiff-Gesellschaft engagire ihre Leute direkt, ohne Vermittlungsbüros durch ihre „Knepper“. Dies sei bedeutend besser; doch sei hier zu bebauern, daß die „Knepper“ unerfahrene Leute anwerben, wodurch eine große Gefahr für die Handels- und Kriegsmarine entstehe. Die in Frage kommenden Arbeiter, Matrosen z. wollten ein von den Arbeitern errichtetes Arbeitsnachweissbüro, ähnlich dem der oben genannten Gesellschaft.

Amstichter Kuhlmann-Braunschweig: Auch eine noch so schöne Arbeitsvermittlung schaffe nicht mehr Arbeit. Das Uebel müsse an der Wurzel gepackt werden. Neutrale Personen (weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber) sollten eingreifen. Durch seinen Beruf sei es ihm möglich, zu erfahren, daß Arbeitslosigkeit sehr oft der Anfang zum Verbrechen sei. Es müsse geholfen werden. Das freie deutsche Hochstift habe sich durch die Einberufung des Kongresses, auf welchem alle Klassen friedlich miteinander ihre Gedanken austauschten, Verdienste erworben.

Dr. Möller-Bradwebe, Fabrikant, Die Arbeitsvermittlung schaffe Arbeitslosigkeit. Die sogenannte Handwerksburschen-„Walze“ bringe viele Gefahren. Wie die Wetterberichter, so ungefahr sollte wöchentlich eine städtische Arbeitslosenstatistik herausgegeben werden. In allen Städten sollten auf städtische Kosten und mit Zuschuß der Arbeitgeber Büros errichtet werden. Die Verwaltung solle von Arbeitern und Arbeitgebern zu gleichen Theilen mit einem unparteiischen Vorsitzenden an der Spitze ausgeübt werden. Die Arbeitsnachweise der Arbeiter würden nur trachten, Sozialdemokraten in alle Fabriken zu bringen. In den Büros sollten die Unternehmer über die Geschäftlichkeit, den Charakter z. (!) des Arbeiters Auskunft erhalten können. Das Politische hätte damit nichts zu thun. Auf Kosten des Reiches sei in einer günstig gelegenen Stadt eine Zentralstelle zu schaffen; diese habe mit allen städtischen Vermittlungsstellen in Verbindung zu stehen. Sei irgendwo Ueberfluß von Arbeitskräften, so sei dies sofort der Zentralstelle zu melden, damit die betreffenden überschüssigen Arbeitskräfte dahin befördert würden, wo es an ihnen fehle. Er und sein Freund, Magistratsrath Dr. Freund-Berlin, würden für solche, die diesem Projekt näher treten wollen, eine Zusammenkunft veranstalten.

A. Hamel, Vertreter der Vorkammer Ortskrankenkasse: Die Produktionsweise sei an Allem schuld. Würden die Büros so eingerichtet, wie Fabrikant Möller wünsche, so sei es nur Ueberwachungsbüros gegen die Arbeiter. Er erwartete von den Behörden sehr wenig für Errichtung von Arbeitsnachweisen. Die Fabrikstadt Vockenheim habe, trotzdem die Arbeiter schon verschiedene Mal darum eingekommen, noch nicht einmal ein Gewerbeschiedsgericht. Dort sei ein Fabrikant Schiedsrichter. In dessen Fabrik herrschen schlechte Zustände; mit 2 M Wochenlohn seien schon Leute nach Hause gegangen. Wollte nun der Arbeiter klagen, so müßte er dies bei seinem Arbeitgeber thun, so daß Richter und Angeklagter eine Person bildeten. Der Arbeitsnachweis sei den Arbeitern zur Verwaltung zu geben; sie würden es beiden Theilen recht machen.

S. H. Junge-Bremen, Vorsitzender des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter: Es müsse ein Zwang bestehen, daß Arbeitslose sich beim Arbeitsnachweis melden, oder man müsse den Arbeitslosen bei ihrer Meldung eine Unterstützung ausbezahlen, denn nur so würde man eine genaue Statistik erhalten. Man solle den Arbeiterorganisationen anders entgegenkommen und ihnen die Errichtung von Arbeitsnachweisen über-

lassen. Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gebe es nicht. Herr Dr. Möller sei mit seinen Ausführungen im Unrecht. Die Arbeitszeit soll verkürzt werden.

Freitag, Privatier, Frankfurt: Ihm gefallen die Ausführungen des Herrn Prof. Tönnies von der Versöhnung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Er freue sich, daß die anwesenden Arbeitervertreter nicht so schroff einer Vermittlung entgegenständen. Das von Dr. Möller angeführte Geselle ihm am besten. Man müsse den Ursachen, die unsere schlimme Zeit veranlassen, nachforschen.

M. H. e. Wiesbaden, Vertreter der Glaser, schilbert Erfahrungen seiner Gewerkschaft in Bezug auf Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitsnachweise hätten die Arbeiter zu führen. Die Gemeinden hätten Arbeitslegenheit zu schaffen.

Dr. Quart-Frankfurt a. M. Man solle heute nicht immer davon sprechen, daß an der Wurzel angepackt werden soll. Es sollten die Erfahrungen, die man auf den in Frage stehenden Gebieten gemacht, mitgetheilt werden, um ein praktisches Arbeiten zu fördern. Die Arbeiter, die sagten, man dürfe mit der Arbeitsvermittlung nicht in dem freien Arbeitsvertrag eingreifen, sprächen damit eine manchesterliche Ansicht aus. Man solle einsehen, daß die Errichtung von städtischen Arbeitsbüros ein Baustein wäre, zum Gebände sozialpolitischer Neuregelung der Gesellschaft.

H. Schwarz, Silber, Vorsitzender des deutschen Former-Verbandes: Das Reich solle, so wie es die Sozialdemokraten forderten, ein Arbeitsamt errichten, dergleichen für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik sorgen. Darauf werde man uns aber noch lange warten lassen. Die einzelnen Städte sollten also einweisen die Sache ähnlich wie Stuttgart machen. Damit sei nicht gesagt, daß das in dieser Beziehung in Stuttgart Angeregte Vollkommenes sei; es wäre da noch Manches zu verbessern. Unmöglich könne dann ein Reichs-Arbeitsamt daraus geschaffen werden.

H. Müller-Frankfurt a. M., Maler, stimmt mit Schwarz nicht überein darin, daß in solchen Arbeitsämtern auch Arbeitgeber sitzen sollen. Die Arbeiter allein sollten darüber zu verfügen haben. Er stehe auf dem Standpunkte Legiens. Die Arbeitgeber thun für die Arbeiter nicht mehr, als sie durch deren Organisation zu thun gezwungen würden.

H. Müller-Frankfurt, Vertreter der Schuhmacher, ist dafür, daß Arbeitsnachweise ähnlich dem Stuttgarter eingerichtet würden.

Legien-Hamburg polemisiert gegen Dr. Möller. Einen sozialdemokratischen Arbeitsnachweis habe es überhaupt noch nie gegeben, sondern nur gewerkschaftliche. Diese würden allen Arbeitern der Reihe nach gleichmäßig Arbeit zuweisen. Wenn sozialdemokratische Arbeiter wirklich in erster Linie eingestellt würden, so liege das an ihrer Intelligenz. Auf seinen schon präzisirten Standpunkte stehe er noch: die Arbeitgeber, als Käufer der Arbeitskraft, hätten bei der Vermittlung nichts zu thun. Daß der Zug von Arbeitern vom Lande nach den Städten ein so großer, liege am schlechten Lohn und schlechter Behandlung der Landarbeiter. Die Arbeiter seien nicht mit Unrecht mißtrauisch gegen das Unternehmertum. Eine Ueberbrückung der Klassengegensätze sei nicht glaubhaft; nur ein Theil der Vertreter der Wissenschaft treten so offen auf, wie die hier anwesenden; auch sie seien, gleich den Arbeitern, von Kapitalisten, durch ihren Arbeitgeber, den Staat, beeinflusst, und arbeiteten oftmals gegen ihre Ueberzeugung.

S. Brandt-Frankfurt, Schuhmachermeister, wünscht, daß das Vermittlungsbüro aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Gewerbegerichtsbeisitzenden bestehe; der Vorsitzende solle von den Arbeitern gewählt werden. Das Inseratenwesen werde sehr viel zur Ausbuchtung der Arbeiter benützt. Schandhafte Zustände herrschen bei Dienstbotenvermittlungen. Manches Mädchen müßte oft ihre Sachen verlegen, um die hohen Gebühren an die Vermittlerinnen zahlen zu können. Es sei ganz gleich, ob der Dienst einen Tag oder einen Monat dauere, die Gebühren müßten gleich hoch bezahlt werden, so daß es im Interesse der Vermittlerinnen liege, wenn ein Mädchen möglichst oft wechselte. Die Gemeinde müßte endlich auch hier eingreifen.

Rindler-Mederrad, Gutmacher, spricht sich gegen Beilegung der Arbeitgeber beim Arbeitsnachweis aus.

S. Katzenstein-Frankfurt a. M. steht der Stuttgarter Einrichtung sympathisch gegenüber. Wenn nicht umsonst, so doch zu bedeutend ermäßigten Preisen sollten die Arbeiter an Arbeitsstellen befördert werden. Er ist gegen die Ansicht des Herrn Dr. Hirschberg, wonach durch die Arbeiter keine Statistik vorgenommen werden soll. Der Arbeitslosigkeit könne entgegengetreten werden durch Regelung des Submissionswesens und der Arbeitsordnungen, ferner

durch Schaffung eines Normalarbeitstages, besonders für Salsongewerbe.

Hiermit ist die Diskussion geschlossen und die 8 Referenten erhalten das Schlusswort.

N. Pisch-Stuttgart erklärt sich dahin, daß durch die Arbeitsnachweise keine Arbeitsstelle mehr geschaffen würde. Er theilt die Ansicht Begiens. Um aber doch vorerst überhaupt etwas herbeizuführen, stimme er Vorschlägen nach Stuttgarter Weise zu. Er wendet sich gegen Dr. Hirschberg. Die Arbeitsnachweise seien ordnungsgemäß bearbeitet; eine Tendenz, wie Dr. Hirschberg ausgesprochen, liege gänzlich fern. Von städtischen Arbeitsnachweisen wisse man allmählich zum Reichsarbeitsamt kommen. Es müßten regelmäßige Statistiken aufgenommen werden. Der Arbeitsnachweis müsse unentgeltlich sein. Wollte Abhilfe könne nur geschaffen werden durch Umwandlung der individualistischen Produktion in die kollektivistische. Jede Verbesserung nähmen in dessen die Arbeiter gerne an, ohne sich aber dadurch im Kampfe um ihr volles Recht beeinträchtigen zu lassen.

Dr. Hirschberg-Berlin: Als Statistiker habe er objektiv gerechnet und nicht über vorhandene oder angebliche Utopien geurtheilt. In den Städten müsse vorherhand der Arbeitsnachweis zentralisiert werden, dann könne vielleicht eine Zentralstelle für Deutschland geschaffen werden. Man könne den Gewerkschaften nicht verübeln, wenn sie für ihre Mitglieder andere wirtschaftliche Zwecke verfolgten. Der Zentralverein würde im Sinne des Dr. Müller keine Auskünfte erteilen. Prinz Handjery habe im Reglerungsbezug die nötigen kommunalen Arbeitsnachweise errichten lassen; es könne hierüber noch keine Auskunft gegeben werden, da erst abzuwarten sei, ob sie sich nützlich erwiesen.

Prof. Dr. Bönnies-Kiel erwidert Begien, daß seine Ausführungen, wozu Gelehrte und Lehrer von ihrem Arbeitgeber, dem Staate ebenso abhängig seien, wie die Handarbeiter vom Unternehmer, irrig sind. In der Verfassung stehe der Satz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei!“ Er ist der Ansicht Begiens, daß die Arbeiter als die Verkäufer ihrer Arbeitskraft, deren Verkaufsbedingungen resp. Vermittlung des Verkaufes, allein zu besorgen hätten. Vielleicht würde der Staat noch die mit dem Arbeitsverträge verbundenen Mißbräuche gegen die individuelle Freiheit abstellen. Dr. Quart habe mit dem Wort „Manchesterhum“ ein Schlagwort in die Debatte geworfen. Der Staat müsse volle Koalitionsfreiheit und Gleichberechtigung gewähren. Die Arbeiter hätten das Recht zur Organisation des Arbeitsangebots, die Unternehmer das Recht zur Organisation der Nachfrage. Der beste Arbeitsnachweis schaffe keine einzige Arbeitsstelle mehr; er diene nur der fortschreitenden Technik und dem Großbetrieb, schaffe also noch mehr Arbeitslosigkeit; dadurch würde der Beweis geliefert, daß die herrschenden Zustände Kulturbedürfnissen entgegenstehen. Von Haß und Leidenschaft sich frei fühlend, könne man den wissenschaftlichen Sozialismus für richtig erachten.

Begien bemerkt in persönlicher Bemerkung schlagend, wie er leider nur zu sehr Recht gehabt, daß die Gelehrten ebenso abhängig vom Staat, wie die Handarbeiter vom Unternehmer sind.

Zum Schluß gibt Stadtrath Dr. Flesch ein Resümé über die zweitägigen Verhandlungen des Kongresses. Es hätte sich gezeigt, daß Notstandsarbeiten schon bei Zeiten in Angriff zu nehmen seien. Viele Vertreter hätten sich dahin ausgesprochen, daß der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, und besonders durch Uebergang zur kollektivistischen Produktion abgeholfen werden könne. Es sei dies aber nicht das eigentlich zu behandelnde Thema gewesen. Die Arbeitsvermittlung betreffend sei man sich dahin einig, daß sie am Besten durch die Gemeinden arrangiert würde. Getheilte Ansicht sei man über die Befugnisse der Verwaltungen bei den Nachweisen. Unentgeltlichkeit sei allgemein gefordert worden. Die Vorschläge des Herrn Dr. Müller, betreffend Verbindung der Nachweise, würden weiter verfolgt werden. Es sei unmöglich, in so kurzen Verhandlungen diesen Gegenstand zu erschöpfen; es sei aber mancher praktische Wink gegeben worden. Gemeinshaftliche Arbeit und gegenseitiges Verstehen sei möglich. Auf dem Kongress habe es sich um ein Problem gehandelt; die gesammte Gesellschaft müsse dessen Lösung als notwendig anerkennen. Heber dankt des Weiteren in kurzen Worten den Referenten, Theilnehmern und der Presse. Er hofft bei späteren Veranstaltungen auf eine gleich rege Theilnahme.

Sodann wird der Kongress um halb 4 Uhr geschlossen.

Vericht

über die Verhandlung der 1. Metallarbeiter-Konferenz von Schlesien und Posen.

Abgehalten am 1. Oktober 1898 zu Breslau, im Gasthaus „Villa Plebisch“.

Der Einberufer eröffnet die Konferenz um 11 Uhr Vormittags und gibt bekannt, daß 16 Delegirte erschienen sind.

Als 1. Punkt steht zur Verhandlung: Situationsbericht, mit besonderer Berücksichtigung der Lehrlingsfrage.

Der Delegirte von Pannau gibt folgenden Bericht: Die Geschäftslage ist ungünstig, Arbeitslosigkeit ist jetzt schon vorhanden, welche sich im Winter noch steigern wird. 6 Fabriken beschäftigen 68 Gesellen und 12 Lehrlinge, 5 kleine Meister 10 Lehrlinge und keine Gesellen. Der Lohn schwankt zwischen 20-25 J für die Stunde, die Arbeitszeit umfaßt 10-12 Stunden täglich. Verhandlungsmittler sind 80 vorhanden. Einen Theil der Arbeiter halte Furcht vor Maßregelung zurück, dem Verbands beizutreten.

Breslau: Die Situation könne als günstig nicht bezeichnet werden. Gegen 20,000 Metallarbeiter sind hier beschäftigt, wovon die Former mit eingerechnet, etwa 600 organisiert sind. Die Agitation ist eine schwere, zumal sich hier ein starker Zug von Oberschlesien wahrnehmbar macht, welche Arbeiter nur schwer zu bewegen sind, in die Organisation einzutreten. Der Lohn schwankt zwischen 16 und 25 J die Stunde. Die Arbeitszeit ist 10-13 Stunden. Ueberstunden werden in manchen Fabriken das ganze Jahr gemacht, obgleich man Arbeiter wegen Mangel an Arbeit entläßt. Die Lehrlingsausbeute steht in voller Blüthe. Der größte Theil der kleineren Meister arbeitet nur mit Jungen. Hier sei es notwendig, daß die Gesetzgebung eingreife, welche dafür sorgen möge, daß diese Lehrlinge in ihrem Fach auch richtig ausgebildet werden. Die Gesellen mögen dieselben bald zu selbstbewußten Leuten herausbilden, um, wenn sie in die Welt treten und die Schattenseiten ihres Handwerks kennen lernen, sie sich die Ursachen derselben auch erklären können.

Freiburg: Hier ist die Uhrenindustrie vorherrschend. Den Platz, wo früher nur richtig ausgebildete Leute arbeiten konnten, können jetzt in Folge der maschinellen Betriebe gewöhnliche Arbeiter einnehmen und sind die kleineren Arbeiter gezwungen, für denselben Lohn zu arbeiten wie diese. Metallarbeiter sind 6-700 am Werke, wovon 80 organisiert sind, doch sind die Aussichten für den Verband gütlich, indem immer mehr beitreten. Der Stundenlohn schwankt zwischen 15-30 J.

Posen: Der Bericht ist, wie die Existenz der Arbeiter, recht traurig. Das Unternehmertum kennt die Bedürfnislosigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter sehr wohl. Der Stundenlohn beträgt 14-20 J, die Arbeitszeit 10-13 Stunden per Tag. Dem Verbands haben sich bisher 22 Mann angeschlossen.

Biegen: Der Verband zählt 42 Mitglieder. Der Lohn in 14 Tagen sei 26 bis 36 J bei täglich 10-15tägiger Arbeitszeit. Die kleineren Meister beschäftigen vorwiegend Lehrlinge. In einer Fabrik werden allwöchentlich kirchliche Schriften vertheilt, um die Arbeiter vor umstürzlerischen Ideen zu bewahren, resp. dieselben so viel wie möglich dumm zu erhalten.

Glogau: Der durchschnittliche Lohn beträgt 25-30 J die Stunde, die Arbeitszeit 10-11 Stunden. 15 kleine Meister beschäftigen 12-18 Gesellen. Ein Meister beschäftigt 7 Lehrlinge und keinen Gehilfen. Im Orte sind 70 Metallarbeiter, wovon 12 organisiert sind.

Nettze (wird durch einen Breslauer Kollegen vertreten): Die Organisation ist schlecht bestellt; gleich bei der Gründung regnete es Maßregelungen, die Kollegen Scholz und Kade wurden, Ersterer nach 7jähriger, Letzterer nach 14jähriger Beschäftigung, von der Eisenbahn entlassen. Die Arbeiter mühten sich durch Unterschrift erklären, niemals Mitglied des Verbandes zu werden. Aus diesem Grunde zähle der Verband nur 9 Mitglieder.

Waldenburg-Altwasser: Dort existieren zwei große Maschinenfabriken, welche russische Arbeiter beschäftigen, die oft 3 Schichten hintereinander arbeiten, um nur ihr Dasein zu fristen. Mit ihrer Freiheit steht es traurig; sie werden gezwungen, dem Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein beizutreten, im Weigerungsfalle fliegen sie auf die Straße.

Görlitz: Von 6-8000 Metallarbeitern sind im Verbands 62 organisiert, außerdem bestehen noch verschiedene Fachvereine, z. B. der Klempner, derselbe ist jedoch mehr ein Vergnügungsverein. Der Lohn wird durch die große Arbeitslosigkeit immer tiefer gedrückt, 14-26 J die Stunde. Die Lebensmittelpreise stehen im Verhältnis zu Berlin 10 Prozent höher, die Lehrlingsausbeute steht in voller Blüthe. Kleine Meister haben bis 20 Jungen.

Grünberg: Die dortigen Verhältnisse sind wie in anderen Städten äußerst schlecht.

Der Lohn ist 17-20 J die Stunde bei 10 bis 15tägiger Arbeitszeit. Organisiert sind 22.

Der Delegirte von Biegen stellt im Anfang seiner Ausführungen den Antrag, hauptsächlich immer einen Aufruf in den Zeitungen zu erlassen, in welchem die Eltern davor gewarnt werden sollen, ihre Kinder Schloffer werden zu lassen, infolge der großen Arbeitslosigkeit in diesem Berufe. Der Antrag ruft eine lebhafte Debatte hervor, in dem ausgesprochen wird, daß eine Ueberproduktion in allen Berufen zu vermeiden sei und andere Berufsarten mit demselben Recht daselbe thun könnten. Die Technik verdränge viele Arbeiter, darum sei es notwendig, daß man auf Verkürzung der Arbeitszeit hinbränge.

Hierauf erfolgt Ablehnung des Antrages und wird die Konferenz von 2 auf 4 Uhr vertagt.

Um 4 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen und kommt der 2. Punkt: „Organisation“ zur Sprache. Auf Antrag wird zugleich über „Agitation“ verhandelt.

Nach lebhafter Debatte stellt sich die Konferenz auf den Boden des Frankfurter Kongressbeschlusses. Auf Antrag von Schweibnitz wird beschlossen: „In Städten, wo einige Verbandsmitglieder sind, sollen die bereits bestehenden Zellen ihre ganze Kraft einsetzen, um dort Verwaltungsstellen zu gründen, weil dadurch es am Besten möglich sein wird, auf die Indifferenzen einzuwirken.“

Posen beantragt: „Der Hauptvorstand möge sich mit den polnischen Genossen in Berlin in Verbindung setzen, damit, wenn notwendig, Referenten zur Verfügung stehen.“

Ein weiterer Antrag lautet: „Die heutige Konferenz von Schlesien und Posen erblickt in der Organisation der polnischen Landesstelle einen großen Vortheil und erwartet, daß der Hauptvorstand die nötigen Mittel zur besseren Durchführung derselben zur Verfügung stellt.“

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Desgleichen ein Antrag Glogau, der besagt, daß alle Ortsverwaltungen möglichst alle 14 Tage Mitgliederversammlungen abhalten, um das Interesse für unseren Verband rege zu erhalten.

Die vom Hauptvorstand herausgegebenen Flugblätter sollen nach Bedarf auch in polnischer Sprache erscheinen.

Nachdem die Konferenz sich über den Werth der Gewerkschaftskarteile klar geworden, beantragt Biegen: „Die Delegirten möchten in ihrer Heimath für Gründung derselben eintreten, indem die Gewerkschaften dadurch in nähere Fühlung treten und ein gemeinschaftliches Vorgehen ermöglichen.“

Ein Theil der Delegirten führt lebhaft Klage über das Vordringen von Versammlungslokalitäten durch Polizei- und Militärbehörden, was auch Schuld trage, daß unser Verband noch nicht zu einer größeren Macht gelangt sei. Es sprechen sich alle Anwesenden für eine im nächsten Jahre abzuhaltende Konferenz aus.

Von mehreren dazu gestellten Anträgen wird der angenommen, daß der Breslauer Ortsverwaltung die Einberufung zu überlassen sei, worauf der Vorsitzende die Konferenz um 8 Uhr Abends schließt. L....l.

Korrespondenzen.

Former.

Alt- und Neugersdorf. Durch die traurigen örtlichen Verhältnisse sehen wir uns genöthigt, den Raum dieses Blattes in Anspruch zu nehmen. In der hier bestehenden Eisengießerei Thiele & Lindner herrschen sehr unerfreuliche Zustände. Die größten Ueberraschungen werden den Arbeitern aber an dem alle 14 Tage wiederkehrenden Zahltag bereitet. Durch Zufall kamen uns einige Strafzettel in die Hände, wovon der eine lautet: „Wegen Trunkenheit im Dienst 50 J, 5 Mal zu spät gekommen 50 J, gleich 1 J.“ Ein anderer lautet: „Wegen Nichtbefolgung eines Befehls 50 J u. s. f.“ Der betreffende Arbeiter war früh 5 Uhr bestellt und ist erst um 6 Uhr angetreten. — Die Löhne der Hilfsarbeiter erreichen die enorme Höhe von 16-19 J die Stunde, außerdem aber erhalten diejenigen Arbeiter, die mit zum Entzagen verwendet werden, eine Extravergeltung von 75 J in 14 Tagen, macht pro Tag 6 1/2 J. Auch die Löhne der hier arbeitenden Handformer sind im Laufe der Zeit so vermindert worden, daß es den Betreffenden nur bei angestrengtester Thätigkeit möglich ist, etwas zu verdienen. Die hier arbeitenden Mitglieder des Gewerbevereins (Hirsch-Dunder) haben versucht, diesen schlechten Lohnverhältnissen durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit — zu bessern. — Wie human mit den Arbeitern umgegangen wird, möge folgender Vorfall zeigen. An den vergangenen Pfingstfesttagen hatten wir keinen Zahltag, es sollte jedoch Voranschub gegeben werden. Nun hatte sich ein Arbeiter ein kleines Versehen zu schulden kommen lassen. Dieser erhielt keinen Voranschub, sondern es wurde ihm noch angekündigt, daß ihm am nächsten Zahl-

tage 10 J von seinem Lohne (zehn Mark) als Strafe gekürzt würden, was jedoch aus naheliegenden Gründen unterließ. Mit leeren Taschen und Thränen im Auge verließ der Herr (derselbe ist Vater von 8 unergögten Kindern und war kurz zuvor längere Zeit durch Krankheit arbeitsunfähig) die Fabrik, Betrachtungen anstellend über diese herrlichen Zustände, die unter der heutigen Klassenherrschaft gezeitigt werden. Den hier beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: Macht Euch frei von dem Dünkel und Kastengeist, schließt Euch den bestehenden Arbeiterorganisationen an, dann wird es auch möglich sein, derartige unwürdige Zustände zu beseitigen.

Neutlingen. Warnung für Former. In letzter Zeit konnte man folgendes Inserat in den Zeitungen lesen: „Thätige und solide Former finden sofort Beschäftigung bei Chr. Bahl, Eisengießerei und Maschinenfabrik, Neutlingen.“ — Nun hat es sich herausgestellt, daß betreffende Firma nicht einmal genügend Arbeit für die gegenwärtig beschäftigten Former hat, weshalb auch jeder zugereifte Former mit der Ausrede wieder abgeschickt wurde: „Thut mir leid, habe keine Stelle.“ Eingestellt wurde keiner. Es wird nun jeder Former dringend davor gewarnt, nach Neutlingen zu reisen, indem die Firma Bahl mit ihren Inseraten nur Spiegelfechterei treibt.

Wetzlar. Achtung! Former, Gärtler, Dreher! Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß unsere Fabrikleitung auswärts Arbeiter sucht, die jetzt hier beschäftigten Leute aber nicht voll zu thun haben, so ersuchen wir die Kollegen, sich durch event. die bezügliche Annonce nicht verlocken zu lassen. Beachtenswert ist, daß in kürzester Zeit die Direktion wechselt und uns für diese Zeit Lohnreduktion angekündigt ist. Wir ersuchen, Zugang bis auf Weiteres fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

Selbstgeher und Gärtler.

Hamburg. (Selbstgeher und Gärtler.) Mitgliederversammlung am 4. Okt. Nach Eröffnung durch den Bevollmächtigten und Genehmigung des Protokolls erstattete der Delegirte A. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Der interessante Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Darauf verlas der Kassirer die Abrechnung über die freiwilligen Extrabeiträge von 1. 10. Dieselbe ergab eine Einnahme von 4650. Es wurde dabei betont, daß der bezügliche Beschluß den Erwartungen, welche man dabei gehegt, vollständig entsprochen habe, indem die Anleihe, welche bei Gründung des eigenen Arbeitsnachweises gemacht werden mußte, bis auf eine Kleinigkeit gedeckt worden ist. Beim 3. Punkt der Tagesordnung: „An der gemeinschaftlichen Arbeitsnachweise“, gibt Schulz einige Details über die zukünftige Gestaltung derselben. Im Laufe der Debatte wird das Verhalten der Sektionen der Schloffer, ihr Mißbrauch von dem allgemeinen Arbeitsnachweise, scharf kritisiert. Es wurde dann ein Antrag gestellt und angenommen, welcher besagt, daß wir uns weiter an dem allgemeinen Arbeitsnachweise wie bisher und mit denselben Beiträgen betheiligen wollen. Darauf wird noch die Tagesordnung der nächsten Versammlung festgesetzt und einige Fragen gestellt, sowie Auskunft erteilt.

Metal-Worker.

Felmerdt. Wegen Maßregelungen in der Hirsch'schen Maschinenfabrik ist Zugang fernzuhalten.

Burg. Schon lange herrscht hier das Bestreben, eine Verwaltungsstelle des D. M. W. zu gründen, um dadurch die Lage der Metallarbeiter zu heben. Es ist nun erfreulich, berichten zu können, daß sich am 26. September eine Verwaltungsstelle konstituiert hat. An diesem Tage fand eine Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung legte Kollege Mandt den Zweck und Angen der Organisation in ausführlicher Weise zur Befriedigung aller Anwesenden dar. Im 2. Punkt ließen sich 16 neue Mitglieder aufnehmen. — In der Versammlung am 3. Oktober wurde die Ortsverwaltung definitiv zusammengesetzt aus: Klempner Carl Ebers, Bevollmächtigter; Schloffer Otto Krebs, Kassirer; Klempner Richard Schreiber, Schloffer Gustav Conrad, Schloffer Gustav Koch, Revisoren.

Pannau. Am 30. September hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung ab. Punkt 2 der Tagesordnung: „Wie haben wir unsere Verwaltungsstelle?“ rief eine lebhafte Debatte hervor, bei welcher die Mitglieder ihre Ansichten kund gaben. Zum Schluß wurde ein Antrag des Kollegen Vorast: „Mündlich auf heftigstem Wege mit Beitrittserklärungen heranzuführen und in den Werkstätten zu vertheilen“, einstimmig angenommen. Dann wurde die Angelegenheit unseres früheren Kassirers nochmals zur Sprache gebracht und aus der Versammlung der Antrag gestellt, den Vorstand zu ersuchen, den früheren Kassirer Grollmann aus dem Verbands auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen.

Hiel. In der Mitgliederversammlung am 11. Oktober verlas zunächst der Kassier die Abrechnung für die Monate Juli, August und September. Dieselbe lautet: Einnahme einschließlich des letzten Kassienbestandes *M.* 1282,70, Ausgabe *M.* 715,93, so daß *M.* 466,86 Kassienbestand vorhanden sind. An reisende Kollegen sind verausgabt *M.* 178,84, die Ausgaben für lokale Zwecke beziffert sich auf *M.* 168,55. Neu aufgenommen waren 70 Kollegen. Zur Gange fanden 8 Versammlungen statt, davon 4 mit Vorträgen. Nach kurzer Diskussion wurde dem Kassier Nachcharge erteilt. Zum zweiten Punkte, Statistik, wurde die Aufstellung folgender Fragen beschlossen: 1. Wie viel erwachsene Arbeiter sind in dem Betriebe beschäftigt? 2. Wie viel verheiratet? 3. Wie viel ledig? 4. Wie viel Lehrlinge? 5. Wie viel gehören einer Organisation an und welcher? 6. Wie lang ist die Arbeitszeit? 7. Ist die Arbeit verfahren eingehend und wie viel Prozent des Tagelohnes darf verdient werden? Im Anschluß hieran wurde eine 6gliedrige Kommission gewählt, welche die Arbeiten umgehend übernehmen soll. Zum dritten Punkte werden die wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse der Schleswig-Holsteinischen Provinzial-Konferenz der Metallarbeiter vorgelesen. Vertreter waren 12 Orte mit 18 Delegirten und wurde der Beschluß gefaßt, demnächst ein Flugblatt in der ganzen Provinz zu verbreiten und durch den Genossen Mehger-Hamburg eine Agitationstour ausführen zu lassen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Eich-Wendenburg, als Stellvertreter Nieder-Bischof gewählt, und soll die nächste Konferenz in Neumünster abgehalten werden. Der Antrag der Meier-Metallarbeiter, die Konferenz alle 2 Jahre abzuhalten, wurde abgelehnt. Im Verschiedenen wurde über die jetzt allgemein erhobene Forderung der Erhöhung der Fenster in Neubauten, längere Zeit diskutiert und dieselbe für durchaus gerechtfertigt anerkannt. Die Diskussion über den kommunalen Arbeitsnachweis wurde ausgesetzt, weil man erst den Verlauf der Beratung des „Freien deutschen Hochstiftes“ abwarten wolle. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, in nächster Versammlung einen Vortrag über „Die Vorschläge der Regierung zur Organisation des Handwerkes“ abhalten zu lassen.

Leipzig Nord. Am 30. September fand eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter mit der Tagesordnung: 1. Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes und Verschiedenes. Ueber den ersten Punkt referierte Herr Edgar Steiger. Er führte aus, daß nicht, wie vielfach behauptet wird, durch die politische Organisation die gewerkschaftliche vernachlässigt werde, sondern die eine könne ohne die andere nicht erreichen. Beim zweiten Punkte wurde die Abrechnung des Vertrauensmannes richtig befunden. Unter Verschiedenes wurde der schwache Besuch gerügt. Ein Komitee zur Regelung der Zeitungskollportage wurde gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Lange, Heise II und Behmann III gewählt.

Neu-Ruppin. Am 7. Okt. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Wahl eines Bevollmächtigten, da unser bisheriger abzureisen beabsichtigt. Genosse Schwemmann wurde einstimmig zum ersten Bevollmächtigten gewählt. Gleichfalls mußte ein Schriftführer und ein Revisor gewählt werden. Für ersteren Posten wurde Votter und zum Revisor Hannemann bestimmt. Für den schwerkranken Genossen Fleischer wurde eine kleine Kollekte veranstaltet, welche 7 *M.* 40 *S.* ergab. Der Vorstand und Koll. Fleischer sprechen den Gehern Dank aus.

Nürnberg. Alle Mitglieder des D. M.-V. werden hiermit auf einen gewissen Jakob Stauber, Glockengießer aus Wendelstein b. Nürnberg, aufmerksam gemacht. Derselbe reiste am 16. September in Nürnberg zu; sein Anzug schien ihm nicht sauber genug zum Arbeitsgehen, weshalb er es selbst zu erneuern, ihm Anzug, Stiefel und Wäsche zu leihen. Der Genosse, geru bereit einem Kollegen zu helfen, ließ den Stauber seinen besten Anzug nebst Stiefel und Wäsche und bewirthete ihn in einer Welse, die volle Anerkennung bei allen Genossen finden muß. Trotzdem schenkte sich der laubere Patron nicht, mit dem entliehenen Sachen zu verduften, obwohl er wußte, daß der Eigenthümer eine zahlreiche Familie hat und sich in steter Sorge um seine Existenz befindet. St. wird aufgefordert, die Sachen so bald als möglich zu ersetzen, wenn er nicht mit den Gerichten Bekanntschaft machen will. Der Beschädigte erucht alle Genossen, falls sie den Aufenthalt Stauber's in Erfahrung bringen, dies unverzüglich nach Nürnberg zu berichten.

Schwelm. Am 1. Okt. hielt Genosse Max Köhlig aus Witten in einer von der hiesigen Filiale des D. M.-V. veranstalteten öffentlichen Metallarbeiterversammlung einen 1 1/2 stündigen

fesselnden Vortrag über das Thema: „Der Fortschritt auf industriellem Gebiete und die Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses“. Der Redner erntete für seine interessanten Ausführungen lebhaften Beifall. Zum Schluß forderte der Vorkühende auf, dem M.-V. recht zahlreich beizutreten.

Stettin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 30. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte Kollege Schmidt bekannt, daß die alten Protokolle angefordert sind und dieselben von der Verwaltung in Empfang genommen werden können. Nach einem mit Beifall aufgenommenem Vortrag des Kollegen Scheffler über „Das Handwerk und das Kunstgewerbe einst und jetzt und die Erlasse des Handelsministers“, hatten wir wieder einmal über eine Lohnreduktion der Werh. Stoewer'schen Nähmaschinenfabrik zu verhandeln. Koll. Freier machte bekannt, daß ihm von seinem Vorkühden Abzüge gemacht wurden. Sonst hatte es für das betreffende Stück 8 *S.* gegeben, er sollte aber nur 7 *S.* haben. Als Grund wurde angegeben, daß der Kollege 15 *M.* Lohn hätte und er sonst zu viel verdienen würde. Trotzdem nun die Kommission dem betreffenden Meister die Sache vorgestellt hatte, erhielt Kollege Freier doch nur 7 *S.* und hat somit bei der letzten Lohnzahlung um *M.* 8,75 und bei der letzten um *M.* 2 unter Lohn gearbeitet. Verschiedene Redner sprachen sich dahin aus, daß dem Kollegen unbedingt sein verdienter Lohn sowie 8 *S.* für das Stück bezahlt werden müssen. Gleicher Lohn für gleiche Leistungen, ob der Kollege jung oder alt ist, ob er 15 oder 18 *M.* verdient. Es wurde beschlossen, dem betreffenden Meister die Sache noch einmal vorzustellen und zu diesem Zweck noch 4 Kollegen aus der betreffenden Werkstatt zu wählen, die dann mit der Schwerdekommission zusammen vorgehen sollen. Gewählt wurden die Kollegen Nätzke, Wiefinger, Nikolaus und Weber.

Stettin. In der am 5. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche gut besucht war, kam die Lohnreduktion in der W. Stoewer'schen Nähmaschinenfabrik abermals zur Sprache. Nach Eröffnung machte Kollege Schmidt bekannt, daß der Situationsbericht an den Hauptvorstand abgesandt sei. Hierauf erstattete die Kommission Bericht über ihre Unterredung mit dem betr. Meister. Derselbe behauptet, daß die Schalen für 7 *S.* zu machen sind und es einfach nicht mehr gibt. Wenn der Kollege dabei nichts verdient, sei er ein schwacher Arbeiter. Dieser Behauptung des Meisters ist die Aussage des Kollegen Schulz gegenüber zu stellen, der vorher für die Schalen 8 *S.* erhielt und dabei kaum seinen Lohn verdient hat. Daß ein junger Kollege, der nicht so eingearbeitet ist, noch billiger arbeiten kann, ist einfach unmöglich. Sodann sprachen verschiedene Redner über die Zustände der Werkstatt, die geradezu unbeschreiblich sind. Nicht genug, daß den Kollegen der Lohn gekürzt wird, sie werden auch noch auf andere Art gezwungen. So will z. B. der Meister dem Einen Geld zu Gefüge geben, der Andere soll eine Lampe erhalten haben. Läßt man es nicht gelten, so heißt es: Das Geld hätten sie verschoffen, aber: sie hätten ihre Lampe erhalten und bekamen keine mehr; einem Dritten bot er Ohrfeigen an u. s. w. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß ein Zustand unvermeidlich sei. Nur einige sprachen dagegen, aber auch nur wegen der schlechten Geschäftslage, die in Betracht zu ziehen sei. Kollege Kunze führte an, um die Zustände in der Werkstatt abzuschaffen, sei es nöthig, daß sich alle Kollegen unserer Organisation anschließen. Nur so seien nach und nach bessere Zustände einzuführen, nur vereint können wir etwas erreichen. Es wurde beschlossen, die Antwort des Hauptvorstandes abzuwarten und sodann eine Versammlung einzuberufen, wozu sämtliche bei Stoewer beschäftigten Kollegen eingeladen werden sollen. Sodann wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Grabein, Brasche, Nikolaus und Nätzke gewählt, um mit Herrn Stoewer persönlich Rücksprache zu nehmen, der die Zustände in seiner Fabrik vielleicht gar nicht kennt.

Wittenberg a. G. Am 8. Okt. fand hier die erste öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche von circa 40 Personen besucht war und in welcher Genosse Schemann aus Leipzig einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Zweck und Ziele der Gewerkschaftsorganisation“ hielt. In der Diskussion theilte sich einige Gewerksvereiner, welche aber von dem Redner sehr gut abgefertigt wurden; als sie sahen, daß sie Wort für Wort widerlegt werden konnten, machten sie sich aus dem Saale, ohne den Schluß der Diskussion abzuwarten. Sodann wurde unsere Verwaltungsstelle gegründet und der Vorstand gewählt. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

An der Bekanntmachung in letzter Nummer ist zu berücksichtigen, daß die erwähnte Streifangelegenheit nicht die Feilenhauer in Peine, sondern die in Chemnitz angeht.

Verschiedenen an uns gerichteten Anfragen zu Folge geben wir bekannt, daß jedes Mitglied nach den Bestimmungen des Statuts (§ 15 Abs. 3) und des Streik-Reglements (§ 12) verpflichtet ist, pro Vierteljahr eine Delegirten- und eine Reservefondsmarke zu lösen. Seitens der Ortsverwaltungen ist darauf zu achten, daß die Zahlung dieser Beträge regelmäßig geschieht. Damit dies auch den Mitgliedern nicht schwer fällt, empfehlen wir, die genannten Extrastreifen immer am Schluß der (im Quittungsbuch) mit 4 Wochen ausgeführten Monate einzuziehen, und zwar so, daß am Schluß eines jeden dieser Monate bei Zahlung der Wochenbeiträge eine der beiden Extrastreifen mit eingegeben und durch die entsprechenden Marken quittirt wird.

Trotz wiederholter Aufforderung haben folgende Verwaltungsstellen ihre Rechnungen noch nicht eingesendet:

November-Dezember 1892:
Graubenz.

Januar-Februar 1893:
Graubenz, Greiz i. V., Gomburg u. b. Hbh, Lübeck, Nürnberg (Metallschläger), Speier.

März-April:
Coburg, Greiz i. V., Graubenz, Gomburg (Mechaniker), Gomburg u. b. Hbh, Lübeck, Nürnberg (Metallschläger), Oppeln in Oberschlesien, Posen, Neumagdeburg, Schweidnitz in Schlesien, Sorau, Speier, Steinbach bei Bad Liebenstein, Weteren in Holstein, Wehlar, Wolgast, Würzen.

Mai-Juni:
Bielefeld i. W., Brate a. d. Weser, Brühl b. Köln a. Rh., Coburg, Graubenz, Greiz i. V., Hamburg (Mechaniker), Gomburg u. b. Hbh, Kunitzungen, Lübeck, Mittelweida i. S., Nürnberg (Formen), Nürnberg (Metallschläger), Oppeln in Oberschlesien, Posen, Neumagdeburg, Rosenheim, Schillingheim bei Straßburg, Schweidnitz in Schlesien, Sorau, Speier, Steinbach bei Bad Liebenstein, Weteren in Holstein, Wehlar, Wolgast, Würzen.

Wir eruchen die Mitglieder der oben genannten Verwaltungsstellen, ihre Statutenbeamten zu veranlassen, daß diese ihren statistischen Verpflichtungen umgehend nachkommen. Die Revisoren machen wir auf § 14 Abs. 2 und 8 des Statuts aufmerksam.

Von ten nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Vereine fern zu halten: **Freilshauer von Peine, Formner von Harsfeld, Klempner von Altenburg, S.-A. Potschappel i. S., Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mansheim, Stettin, Metallarbeiter von Pforta und Nürnberg u. Sinnergischer von Dresden.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabstempel zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Kongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

In letzter Zeit hat sich mehrfach herangestellt, daß Mitglieder der ersten und zweiten Klasse außer unserer Klasse und der Zwangsversicherung auch noch ein drittes Versicherungsverhältnis gegen Krankheitsfälle eingegangen haben. Wir sehen uns deshalb genöthigt, darauf aufmerksam zu machen, daß nach § 7 Abs. 8 des Statuts die Mitglieder der ersten und zweiten Klasse nur noch einer Krankenkasse angehören dürfen. Sind solche Mitglieder noch bei einer dritten Stelle gegen Krankheit versichert, einerlei, welche Kranken- und Versicherungsart, so müssen sie unbedingt in die dritte oder vierte Klasse überbetreten und zwar für die Dauer des dritten Versicherungsverhältnisses, widrigenfalls der Ausschuß erfolgt. Die Bestimmung des § 7 Abs. 8 hat den Zweck, die Ueberversicherung einzuschränken, weil diese sehr leicht zur ungerechtfertigten Ausbeutung der Klasse führt; es muß also unter allen Umständen auch diese Bestimmung des Statuts beachtet werden. Ferner machen wir die Brückigen Verwaltungsstellen darauf aufmerksam, daß Erklärungen ferner nur von der Hauptkasse aus-

gestellt werden, Name und Hauptnummer des Mitgliedes, die solche Bücher beifügen, sind uns mitzutheilen.

Mitglieder, die an einer chronischen Krankheit leiden, können nur dann in eine höhere Klasse übertreten, wenn sie ein Gesundheitsattest vom Vertrauensarzt beibringen.

Ferner machen wir ganz besonders darauf aufmerksam, daß die zweimonatlichen Abrechnungen nach § 18 präzis eingeleitet werden müssen und der 15. des darauffolgenden Monats keinestwegs mit Verzögerung überschritten werden darf. Der Vorstand sieht sich gezwungen, gegen die säumigen Ortsverwaltungen ganz energische Maßregeln zu ergreifen, die Nachtheile und Unannehmlichkeiten, die dann erwachsen, haben sich die säumigen örtlichen Verwaltungen alsdann selbst zu verbanen.

Hamburg, den 14. Oktober 1893.
Mit Gruß
Der Vorstand.

Reinickendorf b. Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 8. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. In derselben wurde Spiegel der stetige Mäcchgang des Vermögens der Kasse erörtert, und auf eine Anzahl Berliner Filialen hingewiesen, welche ständige Kostgänger der Hauptkasse seien. Als Beweis hierfür brachte der Bevollmächtigte die Statistik über Einnahmen und Ausgaben der obigen Filialen in den ersten 8 Monaten dieses Jahres zur Verlesung. Danach hatten dieselben bei 4480 Mitgliedern einen Zuschuß von nicht weniger als 17,985 *M.* In der Diskussion wurde betont, daß bei solchen abnormen Verhältnissen schärfere Maßnahmen am Plage seien; ebenso wurde die vorgeschlagene Extrastreifenkontrolle des Hauptvorstandes als gerechtfertigt anerkannt. Die jetzt zu erhebenden Extrastreifen sind die Folge der großen Nachsicht der Ortsbeamten einerseits und der ungerechten Anforderungen eines Theiles der Mitglieder andererseits. Es wird bei dieser beschäftigungslosen Zeit mehr Umficht bei allen Mitgliedern auf dem Gebiete des Kasseebens Platz greifen müssen, damit diese gegenwärtige Situation nicht vorzeitig durch Ausbeutung von der Wilsfläche verschwindet. Es wurde beschlossen, den Bericht in gedrängter Kürze der „Met.-Arb.-Ztg.“ zur Veröffentlichung zu übermitteln.

Vermischtes.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.
Um auf das Unzweckentigste zu demonstrieren, daß im deutschen Reich der Militarismus höher steht als Volksbildung und Volkswirtschaft, wurde bekanntlich zu derselben Zeit, da die neue Militärvorlage mit ihren hundert Millionen Forderungen auf der Tagesordnung stand, die Subventionssumme von *M.* 700,000, welche der preussische Staat in den letzten Jahren der gewerblichen Fortbildungsschule zuwandte, wegen Mangels an finanziellen Mitteln um 10 Prozent gekürzt, d. h. auf etwa *M.* 600,000 herabgesetzt. Dieser geringfügigen Summe gegenüber ist es von Interesse, zu erfahren, was andere, viel kleinere deutsche Staaten für diesen Zweck aufwenden. So hat Württemberg im Schuljahr 1891/92 bei einer Schülerzahl von 22,511 in 188 Schulen insgesamt *M.* 400,000 für die gewerblichen Fortbildungsschulen aufgewendet, wovon *M.* 182,000 auf den Staat und die übrige Hälfte auf die Gemeinden entfallen. Das heißt pro Schule *M.* 2127 und pro Schüler *M.* 17,76. — In der Schweiz bestehen 730 obligatorische und 448 fakultative, zusammen 1178 Fortbildungsschulen, welche von 19,453 Schülern, wovon 2705 Schülerinnen, besucht werden. Der Bund leistet dazu eine jährliche Subvention von etwa 400,000 Franken (*M.* 320,000). — In Württemberg ist auch im letzten Jahre in einer größeren Gemeinde der Versuch gemacht worden, den Unterricht statt in die späteren Abendstunden in die Zeit von 6—7 Uhr zu verlegen und, wie zu erwarten war, ist damit ein sehr guter Erfolg erzielt worden. Freilich nur bei den Schülern und nicht auch bei den „väterlich-vorsorglichen“ Gewerbetreibenden, welche mehrfach die Lehrlinge an dem Schulbesuch hinderten. Der gleiche Versuch ist voriges Jahr auch an acht nassauischen Fortbildungsschulen gemacht worden, während von 5 1/2 Uhr in drei und von 6 Uhr in fünf Schulen der Unterricht begonnen wurde. Nach den Mittheilungen für den Gewerbeverein für Nassau“ hat sich die Neuerung bestens bewährt. Sie schreibt darüber: „Die Urtheile über die Erfolge bei dem Unterrichte von 5—7 oder von 6—8 Uhr sind da, wo die Einrichtung bereits getroffen ist, die allergünstigsten, sowohl von den Vorständen als auch von den Lehrern. Die Lehrer sind frischer, die Schüler nicht schläfrig, bei Wäntem williger und eifriger und die Schulzeit ist eine bessere und leichter zu erzielende. Wir können also nur dringend rathen, überall den Versuch zu machen und zweifeln gar nicht daran, daß bei umsichtigen Zusammenwirken und vernünftiger Einwirkung auf die Meister und Eltern deren Bereitwilligkeit, die Lehr-

linge früher frei zu geben, halb allgemein erzielt wird. Die wenigen Stunden, welche dem Lehrling bei früherer Unterrichtszeit frei gegeben werden, sind auch für den Meister nicht verloren; der Lehrling wird in den Stunden vorher und auch am andern Morgen fleißiger und aufmerksamer sein, als wenn er noch Abends von 8-10 Uhr todtweide in die Schule zu gehen gezwungen wird und erst spät zur körperlichen Ruhe kommt. Der Lehrling soll doch nicht ausgenutzt, sondern gelehrt und erzogen werden und dazu gehört auch ein geeigneter Unterricht, der in seine Arbeits- und Lehrzeit fällt.

In der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist infolge einer Aenderung eingetreten, als das Mitglied Fehmerling verabschiedet wurde, aus der Kommission auszuschreiben. Der Grund hierfür war, daß F. die Sitzungen der Kommission sehr unregelmäßig besuchte, und dann, wie sich herausstellte, nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation war. An Stelle Fehmerling's wurde der auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress gewählte Gesammant, G. Sabbath, zu den Arbeiten der Kommission herangezogen. Die Kommission setzt sich nun aus folgenden Mitgliedern zusammen: G. Reglen, Hamburg, 3. B. N., Wilhelmstr. 18, 1; A. Dammann, Hamburg, 3. B. N., Wilhelmstr. 18, 1; E. Delsing, Hamburg, Abc-Strasse 58; Fran W. Köpfer, Wandsbeck, Gartenstrasse 2, 1; W. v. Elm, Hamburg, St. Pauli, Schäferstr. 19; A. Demuth, Hamburg, Woolstr. 41, 1; G. Sabbath, Hamburg, St. Georg, Alte Breunnerstr. 10, 1.

Kapital und Religion. In einer Sudenburger Maschinenfabrik war ein sehr frommer Arbeiter beschäftigt, der keinen Gottesdienst veräumte. Als kürzlich ein Bischof nach Magdeburg kam, nahm er sich aus freien Stücken einen Tag Urlaub, um die Fiktion mitzumachen. Als er am nächsten Tage wieder zur Arbeit kam, wurde ihm bedeutet, er solle wieder dahin gehen, wo er hergekommen sei. — Interessant wäre zu erfahren, ob die Kirche mit gleicher Wärme für den wegen dieses Vergehens entlassenen Arbeiter eintritt, wie es seitens der Sozialdemokratie politisch und gewerkschaftlich Gemäßigten gegenüber geschieht.

Gewerkschaftliches aus Portugal. Wie der „Berliner Volkszeitung“ von einem gelegentlichen Korrespondenten aus Lissabon mitgeteilt wird, hat, nachdem durch Verordnung vom 9. März ds. J. die Errichtung von Arbeitsbörsen in Portugal verfügt war, inzwischen ein Entwurf zur Organisation derselben durch königliches Dekret die Genehmigung erhalten. Darnach unterstehen die Arbeitsbörsen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, Handel und Gewerbe und sollen in erster Linie zur Vermittlung von Arbeitsgelegenheit dienen; dieselben sollen aber auch möglichst genaue Daten über den jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes sammeln und veröffentlichen. Jede Arbeitsbörse soll einen Wartezimmer für Arbeitsuchende, eine Bibliothek, Lesezimmer und zu Versammlungen von Vereinigungen geeignete Räumlichkeiten enthalten. Das verwaltende Komitee soll bestehen aus einem Vorsitzenden, den die Regierung ernannt, sowie vier anderen Mitgliedern, welche von Delegierten der am Orte bestehenden Gewerkschaften gewählt werden. Dieses Komitee hat u. A. die Aufgabe, allwöchentlich über die in den verschiedenen Gewerben gezahlten Löhne einen Bericht zu veröffentlichen, welcher letzterer wesentlich aber nicht ausschließlich auf den in den Arbeitsbörsen selbst vorgekommenen Vermittlungen basieren soll. Die Börsen werden in verschiedene Sektionen eingeteilt, welche alle Tage unentgeltlich geöffnet sind. Anfragen nach Arbeit oder nach Arbeitern sind an die Abtheilungsvorsteher zu richten, welche verpflichtet sind, jede Anfrage (falls nicht eine korrespondierende Offerte registriert ist) auf Tafeln im Wartezimmer zu veröffentlichen. Ist eine entsprechende, noch unerledigte Offerte eingetragen, so hat der Beamte den zu. Ansuchen mit einer schriftlichen Anweisung versehen, nach der betreffenden Stelle zu dirigieren. Die Abtheilungsvorsteher haben allwöchentlich diejenigen Angebote, welche im Laufe der letzten Woche nicht erledigt werden konnten, in einem Verzeichnis zu sammeln. Das Administrationskomitee hat — unter Prüfung jedes Falles und in Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes in anderen Städten — Auszüge aus den wöchentlichen Verzeichnissen nach anderen Städten zu senden. In solchen Orten, wo eine Arbeitsbörse noch nicht besteht, müssen derartige Zusendungen im Wartezimmer der Post- und Telegraphenstationen, an der Gemeindefirche oder einem anderen öffentlichen Gebäude angehängt werden. Frühere Verordnungen der portugiesischen Regierung, welche die Arbeit in Fabriken, sowie die Beschäftigung von Kindern betrafen und von einiger Einsicht und Wohlwollen zeugten, haben bisher eine nennenswerthe Wirkung nach nicht ausüben können, da sie zuweilen die Unwissenheit und Apathie der Bevölkerung selbst zu überwin-

nen haben. Während der letzten zwei bis drei Jahre haben übrigens die Prinzipien der gewerkschaftlichen Organisation in Portugal recht bedeutende Fortschritte gemacht, und man kann zur Zeit wohl sagen, daß fast jede Art von Arbeitern ihre Vereinigung hat. Ein Zentralverband solcher Vereinigungen wurde im letzten Herbst gegründet. Die Löhne sind jedoch so gering, daß die Mitglieder nur 10 bis höchstens 20 S etwa pro Woche Beitrag an die Vereine leisten; davon werden kaum die Verwaltungskosten gedeckt, so daß ein Fonds nicht angesammelt wird und bei Streiks die Ausständigen stets auf fremde Hilfe angewiesen sind. In neuerer Zeit macht sich unter den Arbeitgebern bereits eine gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gerichtete Agitation bemerkbar.

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieck' Verlag) ist uns soeben die Nr. 20 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf an die Genossinnen! — Schaumkloße. — Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Folgen des gesetzlichen Arbeiterinnenanspruches in wirtschaftlicher Beziehung. — Ein Einblick in das Leben der Berliner Wäscheherinnen. — Sancta simplicitas! (Gebicht). — Feuilleton: Wie man stirbt. Von Emil Jola. Deutsch von Paul Heichen. (Schluß). — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Notizen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 2609) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 S; unter Kreuzband 85 S. Inzeratenpreis die zweispaltige Pettizelle 20 S.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. G. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 1. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Ein Zwischenstück. — Moralische und unmoralische Spaziergänge. Von Eduard Bernheim. — Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution. Von C. Hugo. — Eine Diebstahlskizze. Von F. Wehring. — Ein sibirisches Jährl. — Litterarisches Mundschau. — Notizen: Zur Landagitation. — Feuilleton: Der Doktor auf Probation. Eine Satire von Gyp. Uebersetzt von Klara Heller.

Briefkasten.

G., Hannover. Wir halten die Mittheilung über B. nicht geeignet zur Aufnahme. Warum sind dessen Praktiken nicht früher aufgedeckt worden?

„Mehrere Kollegen“, Cuttlingen. Wenn es dort so viel Neues gibt, warum sich auf den „Korrespondenten“ verlassen, der seit 1 1/2 Jahren schläft? Die Aufforderung an den Schläfer drucken wir nicht ab.

Badoltszell. Es dürfte genügen, wenn die Stodacher Genossen brieflich veranlaßt werden, so zu handeln wie Sie wünschen und wenn diese dann selbst die erforderliche Bekanntmachung erlassen.

Vereins-Anzeigen.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Aachen. Samstag, 21. Okt., Abends 8 Uhr, Versammlung. T. D.: Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes.

Aalen. Sonntag, 22. Okt., Nachm. 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal „Hirsch“. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Attenburg. Sonnabend, 28. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im „Gold. Löwen“. Vortrag.

Annweiler. Da die Versammlung am 13. Oktober so schwach besucht und nicht beschlußfähig war, so ersuche ich die Mitglieder, zu der am Samstag, 27. Okt. stattfindenden Versammlung vollzählig zu erscheinen. T. D.: Wahl eines Kassiers und eines Revisors. Verschiedenes.

Barmbek. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer zc.) Dienstag, 24. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Hildebrandt, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag über die französische Kommune. Bericht. Abrechnung. Wahlen.

Berlin I. Sonnabend, 21. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Schöning, Stallschreiberstr. 29, außerordentl. Mitglieder-Versammlung. T. D.: Wahl verschiedener Verwaltungsbeamten. Agitation und Flugblattausgabe. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Kollege pünktlich erscheinen.

Bernburg. Sonnabend, 21. Oktober, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Der 2. Punkt der vorigen Versammlung und an-

dere wichtige Punkte. — Alle Kollegen, die Bücher aus der Bibliothek entnommen haben, werden ersucht, dieselben abzuliefern.

Bremervhauen. (Sektion d. Klempner.) Sonnabend, 28. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Kolosseum“, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Erhebung der Beiträge. Aufhebung der Verwaltung der Sektion. Verschiedenes.

Duisburg. Sonntag, 22. Okt., Nachm. 4 Uhr, Versammlung bei Wessler. T. D.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge. Vortrag des Gen. Werner-Mattingen. Abrechnung.

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 28. Okt., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Neuen Welt“, Ringerstr. 87-89. Dasselbst Vereins- und Verkehrslokal, sowie Auszahlung der Mitgliedsbeiträge.

Erfurt. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß sich unser Vereinslokal vom 1. November ab nicht mehr im „Gasthaus zum Gotthardt“, sondern in der „Brauerei zum Gotthardt“, Gotthardstr. 44, befindet.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.) Samstag, 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rebstock“, Struggasse 4. T. D.: Berichtserstattung vom sozialen Kongress des Freien deutschen Hochstifts. Ref.: Koll. Ehrhardt. Geschäftliches. Verschiedenes.

Görlitz. Montag, 28. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hellmann, Langenstr. 48. Tagesordnung im Lokal. Erscheinen Aller ist notwendig.

Gr. Schöna. Sonntag, 29. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Gasthof zum „Bad“ (Neuschöna), öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D.: Zweck und Nutzen der Organisation. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Hamburg. (Sektion der Klempner zc.) Dienstag, 24. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Haam, „Lefinghalle“, Gärtnermarkt, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Abrechnung. Vortrag. Bericht vom Kartell. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen zahlreicher zu besuchen.

Iserlohn. Sonntag, 22. Okt., Morgens halb 11 Uhr, im Verkehrslokal bei Herrn Aug. Hebeck, Friedrichstr., Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

Karlruhe. Samstag, 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Stahlbach, Kaiserstr., Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlen der Beiträge. Abrechnung pro Juli, August, September. Bericht über das Stiftungsfest. Verschiedenes.

Kiel. (Allg.) Mittwoch, 25. Oktober, Abds. 8 Uhr, in den „Zentralhallen“, alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: „Die Organisation des Handwerks nach den Vorschlägen der Regierung“. Ref.: Genosse St. Heugel. Antrag, in Zukunft monatlich nur einmal die Versammlung stattfinden zu lassen. Fragekasten. Verschiedenes.

Kiegnitz. Samstag, 28. Okt., fällt die Versammlung aus, da am gleichen Tage im „Gasthaus z. weißen Elephanten“, Glogauerstraße, unser Stiftungsfest, zu welchem die Mitglieder, sowie die auswärtigen Freunde und Genossen freundschaftlich eingeladen sind, stattfindet.

Linden. Montag, 23. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im „Holländer“. Tagesordnung im Lokal.

Lübeck. Dienstag, 24. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Becke, Beberstr. 3, Werkstellen-Delegierten-Versammlung.

Magdeburg-Neustadt. Sonntag, den 29. Okt., Nachm. 3 Uhr, bei Wwe. Engel, Neuhaldenslebenstraße 4, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag des Genossen P. Baumüller. Abrechnung. Besprechung über ein Vereinsvergügen. Verschiedenes. Fragekasten. Behufs Kontrolle werden die Kollegen ersucht, die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Neumünster. Freitag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Kellermann, Bönersstraße, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Berichtserstattung von der Konferenz in Flensburg. Abrechnung. Anträge zur Bibliotheksfrage. Verschiedenes. Fragekasten. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 28. Okt., im Restaurant „Sängertrug“, Dölschmannsplatz, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag von Herrn Dr. Ohladsen. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Ferner diene den Mitgliedern zur Kenntniß, daß in dieser Versammlung die Einzugsliste für Teilnehmer an dem Schön- und Reichschreibkurs zur Einzeichnung aufliegt.

Offenbach a. M. Samstag, 21. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Saale zur „Stadt Heidelberg“. — Herberge dasselbst. — Sonntag, 22. Oktober, Ausflug nach Darmstadt. — Die Wohnung des Bevollmächtigten Donats ist vom 15. d. M. ab Gustav-Adolphstr. 39, III.

Pirna i. S. Sonnabend, 28. Oktober, Versammlung im Klubszimmer des „Karolabad“. Wichtige Tagesordnung.

Rattigen. Sonntag, 22. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge. Bericht der Revisoren. Bericht des Bibliothekars. Bericht über Versammlungen. Bericht der Kommission der Gesangsabtheilung. Fragen und Verschiedenes. — Interessenten, welche sich an der Gesangsabtheilung beteiligen wollen, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

Regensburg. Zentralherberge und Verkehrslokal befindet sich jetzt: „Brauerei Stadler“, rothe Löwenstr. A 81.

Reudersburg. Sonnabend, 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Abrechnung. Vortrag. Verlegung des Vereinslokals auf Beschluß der Kontrollkommission. Sonstiges. Der wichtigen Tagesordnung halber wird um das Erscheinen aller Mitglieder gebeten.

Rosock. Sonnabend, 28. Okt., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Brunnenhalle“. T. D.: Abrechnung für das 3. Quartal. Arbeiter-Gesetzkomitee. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Schallte. Samstag, 21. Okt., im Vereinslokal bei Wirth Schumacher, Wilhelmimünsterstraße in Gelsenkirchen, Mitglieder-Versammlung. Wegen einer wichtigen Angelegenheit werden die Mitglieder dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen. — Ich ersuche die Mitglieder überhaupt, die Versammlungen besser zu besuchen.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 21. Okt., Mitglieder-Versammlung in der „Arbeitsvereins-Vereinigung“ von G. Weiß, Kraharinenstr. T. D.: Aufnahme und Einzahlung. Vortrag von Herrn Agler. Besprechung über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse. Verschiedenes. — Der Zeichenkurs wird am Donnerstag, 2. November eröffnet. Näheres in der Versammlung.

Velbert. Sonntag, 22. Oktober, Abends 7 Uhr, im Saale der Wittwe Peterheide, Familienabend, wozu die Mitglieder und deren Angehörige eingeladen sind.

Witten. Sonntag, 22. Okt., Nachm. 5 Uhr, beim Wirth Dahn, Versammlung. T. D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Erlebigung von Anträgen zum Herbstfest. Verschiedenes.

Wurzen. Sonnabend, 21. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Stadt Wien“, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vorlesung. Debatte. Familienabend. Zeitungsfrage. Verschiedenes. Fragekasten.

Zübeck. (Metallarbeiter-Krankenkasse.) Montag, 23. Oktober, Abends halb 9 Uhr, außerordentl. Mitglieder-Versammlung bei Becke, Beberstr. T. D.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Verlegung der Versammlungsabende.

Anzeigen.

Aufforderung. Der Dreher Hermann Bergner aus Gera wird ersucht, seinen um ihn besorgten Eltern umgehend seinen jetzigen Aufenthalt mitzutheilen.

Nachruf. Unserem bisherigen Bevollmächtigten, Gustav Thiel, rufen wir bei seiner Abreise aus Tübingen ein herzlich Bescheid nach. In ihm verlieren wir nicht nur den Gründer der hiesigen Verwaltungsstelle, sondern auch einen thatkräftigen Agitator für unsere gerechte Sache.
Verwaltungsstelle Tübingen.

Unserem früheren Bevollmächtigten A. W. van Gelpen bei seiner Abreise nach Rußland ein allseitiges Lebenswohl.
Die Mitglieder d. Zahlstelle Aachen.

Vereinigung bringt Nutzen!

Die bekannt guten, rechten Hamburger Federhosen, mittelgrau und dunkler, sendet nach jedem Orte franko gegen Nachnahme, wie folgt:

Nr. I prima	Nr. II	Nr. III Halbleber
1 Hose 8,50	1 Hose 6,00	nur v. 2 St. an
2 Hosen 16,00	2 Hosen 11,00	2 Hosen 6,50
3 " 23,25	3 " 16,00	3 " 9,00
4 " 30,00	4 " 20,50	4 " 11,75
5 " 36,50	5 " 25,00	5 " 14,25
6 " 42,50	6 " 30,00	6 " 16,75

Jede beliebige Länge und Farbe ist vorzähl! Schriftlänge bitte stets anzugeben! Zur Bestellung genügt Postkarte!

D. Schlesinger in Bernburg, Markt 27,